

# Niederschrift

über die 124. Sitzung des

## Verwaltungs- und Personalausschusses als Feriensenat der Landeshauptstadt München

vom 29. April 2020

(öffentlich)

### Vorsitz

OB Reiter

### Referent\*innen

Bfm. StR Baumgärtner, bfm. StR Biebl, i. V. Herr Mickisch, bfm. StR Dr. Dietrich, bfm. StRin Frank, StK Frey, bfm. StRin Jacobs, bfm. StRin Prof. Dr. (I) Merk, i. V. Herr Groth, StSchRin Zurek;

### ea. Stadtratsmitglieder

#### **CSU:**

Podiuk, Seidl, Prof. Dr. Theiss, Wackermann, Zöller;

#### **SPD:**

Hübner, Messinger, Müller, Rieke, Vorländer;

#### **Die Grünen - rosa liste:**

Hanusch, Dr. Roth, Weisenburger;

#### **FDP-Stadtratsfraktion:**

Dr. Mattar;

#### **BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:**

Progl;

#### **ÖDP:**

Wolf (DIE LINKE.);

### ferner

Dr. Fischer (Vorsitzender der Geschäftsführung München Klinik), Herr Schäuble (Leitung Katastrophenschutz), Mitarbeiter\*innen der Verwaltung

## Inhaltsverzeichnis

Tagesordnungspunkte ohne gesonderte Behandlung.....	5
Ausstattung der im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen.....	6
StRin Wolf:.....	6
BM Pretzl:.....	6
Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie.....	7
Bfm. StRin Jacobs:.....	7
Herr Schäuble (Leitung Katastrophenschutz):.....	13
StR Dr. Mattar:.....	18
StR Weisenburger:.....	20
StRin Wolf:.....	23
OB Reiter:.....	23
Herr Dr. Fischer:.....	23
Bfm. StRin Jacobs:.....	24
Bfm. StRin Zurek:.....	27
Stellv. Referent Groth:.....	28
OB Reiter:.....	29
Corona-Virus SARS-CoV-2.....	32
StR Dr. Mattar:.....	32
OB Reiter:.....	32
Bfm. StR Dr. Dietrich:.....	32
Stellv. Ref. Groth:.....	33
Bfm. StR Biebl:.....	33
OB Reiter:.....	34
StR Weisenburger:.....	34
Stellv. Ref. Groth:.....	34
Änderung der Satzung für die Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München.....	35
StR Wackermann:.....	35
StRin Hanusch:.....	35
OB Reiter:.....	36
Konzeptausschreibung für das Grundstück Görzer Straße 128.....	37
StRin Hanusch:.....	37
StR Podiuk:.....	37
StRin Wolf:.....	38
BM Pretzl:.....	38

StRin Wolf:.....	38
BM Pretzl:.....	38
<u>Wohnbebauung über Parkplätzen.....</u>	<u>40</u>
StR Podiuk:.....	40
StRin Hanusch:.....	40
StRin Rieke:.....	41
StBRin Prof. Merk:.....	41
BM Pretzl:.....	41
<u>Stadt setzt ein Zeichen mit zukunftsweisendem Verwaltungszentrum im neuen Hauptbahnhof.....</u>	<u>42</u>
StRin Hanusch:.....	42
StBRin Prof. Dr. (I) Merk:.....	42
<u>Wohnraumbewirtschaftung der Landeshauptstadt München.....</u>	<u>43</u>
StR Dr. Mattar:.....	43
StBRin Prof. Merk:.....	43
<u>Finanzierung der Neuerrichtung einer Flüchtlingsunterkunft an der Tischlerstraße 30.....</u>	<u>44</u>
Bfm. StRin Frank:.....	45
StRin Hanusch:.....	45
OB Reiter:.....	46
Herr Dr. Glaser:.....	46
<u>Versorgung wohnungsloser Haushalte.....</u>	<u>47</u>
StR Podiuk:.....	47
StR Müller:.....	47
StR Dr. Mattar:.....	48
OB Reiter:.....	48
Bfm. StRin Frank:.....	48
OB Reiter:.....	48
<u>Verlängerung des Maßnahmenpakets des Sozialreferats gegen die SARS-CoV-2-Pandemie.....</u>	<u>50</u>
StR Weisenburger:.....	50
Stellv. Referent Groth:.....	50
<u>Schutzmasken in städtischen Kindertageseinrichtungen.....</u>	<u>51</u>
<u>Kritische Finanzlage offen legen.....</u>	<u>52</u>
StK Frey:.....	52
OB Reiter:.....	55
StR Dr. Mattar:.....	55
OB Reiter:.....	56

StRin Wolf:.....	57
Außerhalb der Tagesordnung.....	58
OB Reiter:.....	58
BMin Strobl:.....	58
OB Reiter:.....	59
BM Pretzl:.....	59
OB Reiter:.....	60

## Öffentliche Sitzung

**Beginn:** 09:20 Uhr

**Vorsitz:** OB Reiter

**Referent\*innen:** Bfm. StR Baumgärtner, bfm. StR Biebl,  
i. V. Herr Mickisch, bfm. StR Dr. Dietrich,  
bfm. StRin Frank, StK Frey,  
bfm. StRin Jacobs, bfm. StRin Prof. Dr. (I) Merk,  
i. V. Herr Groth, StSchRin Zurek;

## Tagesordnungspunkte ohne gesonderte Behandlung

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 6, 9, 13, 15 und 16 werden **einstimmig beschlossen**.

(Aktensammlung Seite 3217, 3219, 3221, 3227, 3235, 3239 und 3241)

Tagesordnungspunkt 10 (Kreativquartier) wird auf Antrag von StRin Hanusch einstimmig in die Vollversammlung am 13.05.2020 **vertagt**.

(Aktensammlung Seite 3229)

## **Ausstattung der im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen Personalkosten, Stellen, Raumverteilung**

Aktensammlung Seite 3243

StRin Wolf:

Kolleginnen und Kollegen, Herr Oberbürgermeister! Es geht um die Festlegung von Personalstellen für die nächste Amtsperiode. Das wurde im Ältestenrat vorberaten und mit dem Ältestenrat, der ab nächster Woche in Amt und Würden ist, nicht vorbesprochen. Es gibt sowohl aus unseren Reihen, also DIE LINKE./Die PARTEI, als auch von der künftigen ÖDP/FW große Missstimmung darüber, dass der Feriensenat jetzt in ausgedünnter Form Vorfestlegungen für die nächsten sechs Jahre trifft. Das hätte wirklich bis zum 13. Mai Zeit, damit der neue Ältestenrat noch einmal darüber diskutieren kann. Deswegen beantrage ich die Vertagung. Danke.

BM Pretzl:

Ich möchte mich nicht nur formal gegen die Vertagung aussprechen, sondern auch deshalb, weil ich es für angemessen halte, dass die Mitarbeiter\*innen aller Fraktionen mit der neuen Amtszeit über ihre berufliche Zukunft Bescheid wissen. Wenn wir das erst am 13. entscheiden, müssten wir jetzt unter Umständen Leute entlassen, ohne zu wissen, ob wir diese wieder einstellen können. Ich halte das für ein unangemessenes Vorgehen, gerade von einer Partei, die sich sonst immer vorgeblich für die Interessen des Personals in der Stadt einsetzt.

Der Antrag auf Vertagung von StRin Wolf wird gegen die Stimme der Antragstellerin **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste und DIE LINKE. **beschlossen**.

## **Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie**

### **- mündlicher Vortrag -**

#### Bfm. StRin Jacobs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, dass ich heute wieder zum immer noch bestimmenden Thema berichten kann. Ich habe es beim letzten Mal schon angedeutet, der Blick in die Zahlen hat Hoffnung gemacht. Deswegen starte ich heute wieder mit den Zahlen.

- Es folgt eine Beamerpräsentation. -

Wir haben nach wie vor eine summarische Auflistung der Fälle in München, die gestern Abend bei 5 719 lagen und ganz aktuell bei 5 743. Wir haben 157 Verstorbene in diesem Pool. Damit liegen wir bei einer Letalität von 2,74 %. 839 müssen stationär behandelt werden, was einer Quote von 14,7 % entspricht. Mit anderen Worten: Der größte Teil kann nach wie vor ambulant behandelt werden und sich innerhalb der 14 Tage, die nötig sind, zuhause auskurieren.

Wir können inzwischen auch eine ordentliche Anzahl Geheilte ausweisen. 4 014 haben schon diesen Status. 15 569 Kontaktpersonen, die wir als Gesundheitsamt ermittelt haben, zeigen, dass es uns nicht langweilig wird. Wir überwachen immer noch 8 115 Personen. Diese Summe ist relativ groß, weil wir zum Beispiel über die „Altenheimbetroffenheiten“ nach wie vor ganz viele Kontaktpersonen haben.

Die Altersverteilung habe ich Ihnen heute auch noch einmal mitgebracht. Wir haben inzwischen aussagekräftige Zahlen sammeln können. Sie sehen, der Korridor zwischen 21 und 60 Jahren stellt die größte Betroffenheit dar. Deswegen erklärt sich auch unsere nach wie vor relativ geringe Letalität. Bei den älteren Personen haben wir es trotz der inzwischen relativ hohen Heimbetroffenheit - wie übrigens überall in Deutschland - geschafft, keine große Letalität zu erzeugen.

Warum erzähle ich Ihnen heute diese Zahlen in dieser Schärfe? Um Ihnen einfach zu zeigen, wie dieses Virusgeschehen sich entwickelt hat. Auch darüber haben wir inzwischen Zahlen. Wir sehen genau an den getroffenen Interventionsstufen, wie sich die Entwicklung in unserer Stadt abgespielt hat. Am 14.03. war die erste Intervention mit den Schulschließungen. Da hatten wir noch eine Verdoppelungsrate von drei Tagen. Das heißt, die Neuinfektionszahl hat sich alle drei Tage verdoppelt

und jeder Infizierte hat zwei weitere Menschen angesteckt. Damit lag die Basisreproduktionsrate bei 2. Das war dieses exponentielle Wachstum, vor dem jeder so sehr gewarnt hatte. Wir sehen die weiteren Entwicklungen ab 21.03., dem Beginn der Ausgangsbeschränkungen, bis heute. Zu dem Zeitpunkt lag die Verdoppelungsrate nach wie vor bei drei Tagen. Die Schulschließung hatte noch nicht viel daran geändert. Die Basisreproduktionsrate lag aber zu diesem Zeitpunkt mit ca. 1,6 schon deutlich weiter unten.

Und jetzt ist natürlich die spannende Frage: Wie haben sich diese, aus mancher Sicht drastischen Maßnahmen tatsächlich ausgewirkt? Auch das können wir sagen: Inzwischen liegt die Verdoppelungsrate bei 27 Tagen, was sehr gut ist, und die Basisreproduktionsrate in München bei 0,73. Das ist die Zahl, die jetzt immer häufiger von sämtlichen Experten, wie dem RKI (Robert Koch Institut) oder der Bundeskanzlerin, genannt wird.

Diese Zahl ist alleine - das muss man immer wieder sagen - nicht die ausschlaggebende, um über Lockerungen und Maßnahmen nachzudenken. Es kommt auch immer darauf an, von welchem Sockel man startet. Es macht also einen Unterschied, ob 1 000 oder eben 10 000 Leute eine Verbreitung von 0,73 % erzeugen. Stellt man diese Zahlen von oben noch einmal gegenüber, haben wir jetzt 1 700 infizierte Menschen, die das Virus tatsächlich in sich tragen, symptomatisch sind und andere innerhalb dieser 14 Tage, nach denen man geheilt gilt, anstecken können.

Wir haben uns Gedanken gemacht, da es für uns in München auch sehr spannend ist, diese Reproduktionszahl zu kennen, die wir inzwischen tagesaktuell berechnen. Wir haben unseren Experten gemeinsam mit den Experten der München Klinik gGmbH diese Aufgaben gestellt, um uns einfach besser beraten zu können, welche Schritte wir empfehlen wollen und welche jetzt vielleicht noch nicht möglich sind. Deswegen möchte ich Ihnen gerne vorstellen, wie wir die Lage einschätzen und vielleicht auch noch einmal das exponentielle Wachstum beschreiben.

Wir Menschen tun uns recht schwer zu verstehen, warum diese kleinen Hundertstel, die diese Reproduktionszahl bestimmen, tatsächlich ausschlaggebend sind. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Weizenkornlegende. Nach dieser Legende hat ein indischer Herrscher den Erfinder des Schachbretts belohnen wollen und ihm einen Wunsch gewährt. Dieser hat sich dann gewünscht, dass für das erste Feld eines Schachbretts ein Weizenkorn gelegt wird, für das zweite Feld zwei Weizenkörner, für das dritte Feld vier Weizenkörner und so weiter. Auf jedem nachfolgenden Feld sollte sich also die Zahl der Weizenkörner im Vergleich zu dem Feld davor verdoppeln. Das ist quasi die Situation, die wir hatten, bevor diese Maßnahmen gekommen sind. Ja, und dann gab es

die große Überraschung: Der Herrscher hat gedacht, das ist aber ein bescheidener Wunsch, bis irgendwann einer ausgerechnet hat, wie viel Weizenkörner dem Erfinder des Schachbretts zustehen würden. Dieser kam auf die gigantische Zahl 18,4 Trillionen. Das ist deutlich mehr als weltweit jährlich an Weizenkörnern produziert wird. Dieses Beispiel ist sehr gut, um darzustellen, wie schwer wir uns als Menschen tun, exponentielles Wachstum realistisch einzuschätzen. Deswegen ist es auch so wichtig, diese Reproduktionszahl im Blick zu haben.

Übertragen auf die menschliche Population würde das Beispiel der Weizenkornlegende genau diesen  $R_0$  von 2 entsprechen, den wir hatten, was unser Virusgeschehen Corona angeht, bevor die Ausgangsbeschränkungen und die Schulschließungen kamen. Ich zeige auch hier noch einmal, wie es wäre: Ein Mensch steckt zwei an. Der dann Infizierte steckt wieder zwei an und so weiter. Dann kämen wir eben auf entsprechende Größen, die unsere Gesundheitssysteme überfordert hätten.

Wenn wir, wie jetzt, sogar unter 1 oder bei 1 bleiben, kommen wir ganz klar aus dieser exponentiellen zu einer linearen Entwicklung. Diese lineare Entwicklung ist deshalb so wichtig, weil wir dann einfach besser planen und nicht in diese nicht mehr handhabbare Steigerung der Infektionsraten kommen können. Aktuell ist eben  $R_0$ , wie vorhin schon ausgeführt, kleiner eins und das ist gut so. Deshalb laufen unsere Systeme gerade in München, in Bayern und in Deutschland auch so stabil.

Hier noch einmal der Verlauf der Reproduktionsrate: Die senkrecht gestrichelten Linien markieren die Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens: Am 14.03. wurden die Schulen und Kitas geschlossen. Am 21.03. kamen die Ausgangsbeschränkungen. Man sieht einfach, wie drastisch und schnell mit solchen Maßnahmen ein exponentielles Wachstum in den Griff zu bekommen ist. Vor den Maßnahmen - das sieht man auch ganz klar - lag die Reproduktionsrate deutlich über 1 und lief dann nach unten. Jetzt geht es immer in so kleinen Kurven unterhalb dieser Reproduktionsrate von 1 einher.

Das heißt auch, wenn man das so weiter spielt, gibt es irgendwann keine Infizierten mehr und das muss unser Ziel sein. Wir haben hier noch einmal prognostiziert, wie es mit den Infiziertenzahlen weitergeht. Die Annahme, die dieser Grafik zugrunde liegt, ist eine Dunkelziffer von 85 %, weil wir ja nicht alle testen können. Bei einer Dunkelziffer von 85 % geht man davon aus, dass nur 15 % der tatsächlich infizierten Personen als infiziert erkannt und gemeldet werden. Auf diese Größenordnung kamen wir nach intensivem Austausch mit Herrn Dr. med. Dennler von der München Klinik gGmbH und sämtlichen Statistikern des RKI und so weiter, die greifbar waren. Diese verwenden

alle bei der Berechnung ihrer Prognosen diese Größenordnung.  $R_0 = 1$  ist die hellblaue untere Linie, die wir gerade sehen, und die etwa der zukünftigen Entwicklung unter dem aktuellen  $R_0$  entspricht. Das heißt, wie ich gerade schon gesagt habe, die Zahl der Infizierten würde über die Zeit hinweg abnehmen. Was wir hier auch erkennen: Je höher  $R_0$ , desto früher und höher ist der Peak der Infizierten zu erwarten. Die grau gepunktete Linie stellt den bisher beobachteten Verlauf dar.

Jetzt ist natürlich die spannende Frage, wie diese Entwicklung mit der derzeitigen Kapazität, die wir im Gesundheitssystem haben, zusammengeht. Wir haben verschiedene Annahmen zugrunde gelegt. Als Messgröße haben wir die Anzahl der Intensivbetten genommen, weil das die entscheidende Größe ist, um zu sagen, wir können dieses Virusgeschehen im Gesundheitssystem managen oder auch nicht. Dieser Grafik liegen folgende Annahmen zugrunde: Wir gehen wieder von einer Dunkelziffer von 85 % aus und dass 2,5 % der Infizierten intensivpflichtig werden. Die Infizierten, die auf einer Intensivstation liegen, verweilen dort durchschnittlich zehn Tage, bis dann eben der- oder diejenige geheilt ist oder verstirbt. Wir wissen inzwischen aus den Beobachtungen und Zahlen, dass im Schnitt neun Tage nach der Ansteckung die Frage beantwortet werden kann, ob es sich um einen intensivpflichtigen Patienten handelt oder nicht.

Die horizontale Linie entspricht der maximalen Intensivbettenkapazität. Diese liegt derzeit bei circa 737, 740. Diese wird, das sieht man an dieser Grafik ganz deutlich, bei einer Reproduktionszahl von 1,3 erreicht. Das heißt mit anderen Worten, je höher die Reproduktionszahl ist, desto mehr wird unser Gesundheitssystem herausgefordert. Man sieht auch schön, dass es eben wirklich auf diese Zehntel- und Hundertstelstellen nach dieser 1 ankommt, um zu sehen, ob wir dieses Geschehen weiter im Griff behalten oder nicht.

Da bin ich jetzt beim springenden Punkt, wenn über Lockerungen diskutiert wird: Wir wissen einfach immer erst mit einem Zeitverzug von 14 Tagen - durch die verspäteten Meldungen aus den Laboren, oft auch erst nach drei Wochen -, wie sich eine Maßnahme tatsächlich auswirkt. Wir haben jetzt einmal eine Zunahme mit einem Faktor von 0,05 für jede Lockerung angenommen. Und man sieht auch, wie sich diese Entwicklung abspielt.

Wenn wir weitere Lockerungen ohne wirksame Gegenmaßnahmen zulassen - mit Gegenmaßnahmen meine ich einen Impfstoff, ein Medikament oder eben eine entsprechende Durchseuchung in der Gesellschaft -, werden am Ende des Jahres die Zahlen einfach nicht dazu führen, dass wir sagen können, wir haben das Virusgeschehen im Griff. Ich glaube, dann bräuchte man sofort wieder einen Lockdown. Das ist das, was sich einfach immer mehr abzeichnet. Jede Lockerung muss mit

großem Bedacht gewählt sein und eine gewisse Zeit haben, damit wir die Auswirkungen abschätzen können, weil es sich schlecht im Vorfeld prognostizieren lässt. Wir haben bei den Kita-Schließungen erlebt, dass die Wirkungen erst mit zeitlichem Verzug spürbar waren. Das haben wir auch bei den Ausgangsbeschränkungen deutlich gemerkt.

Sie sehen an der Grafik, wie dieses Szenario eintreten würde. Wenn wir immer weiter lockern und diese Lockerungen sich um 0,05 auf die Reproduktionszahl auswirken, würde sich diese  $R_0$  um alle zwei Wochen um 0,05 erhöhen. Mitte bis Ende Oktober würden die maximalen Intensivbettenkapazitäten dann mit einem  $R_0$  von circa 1,5 deutlich überschritten werden. Aktuell haben wir übrigens circa 130 bis 140 Covid-19-Patienten auf den Intensivstationen.

Da komme ich auch schon zu meinem Fazit: Die Reproduktionsrate liegt derzeit bei etwa 1, zum Glück gerade noch darunter. Wir haben zur Zeit keine wirklich nennenswert steigenden Fallzahlen. Die bewegen sich in der Regel immer, auch mit Ausreißern, bei maximal 100 am Tag. Das ist sehr gut, wenn ich die Ausgangsgröße sehe. Dazu kommt das Thema Labor- und Meldeverzug. Moderate Erhöhungen dieser Reproduktionsrate könnten wieder dazu führen, dass wir uns Sorgen machen müssen, unser Gesundheitssystem könnte überfordert werden und wir vor Entscheidungen gestellt werden, wer den freien Beatmungsplatz bekommt. Und das ist das Szenario, das wir mit aller Macht verhindern wollen.

In dieser ganzen Prognose - das ist noch wichtig zu erwähnen - sind aber auch Unsicherheitsfaktoren enthalten, zum Beispiel die Umlandkomponente. Es gibt in unseren Krankenhäusern viele Menschen, die nicht ihren Wohnsitz in München haben und von außerhalb kommen. Auch da gilt: Je besser Bayern insgesamt aufgestellt ist, desto besser können wir das Infektionsgeschehen in den Krankenhäusern in München abwickeln.

Dann gibt es noch einen ganz großen Spielveränderer: ein Ausbruch in einer Pflegeeinrichtung oder in einem Altenheim, weil wir dort natürlich überproportional viele intensivpflichtige Patient\*innen haben. Dann wissen wir einfach noch sehr wenig über dieses Virus, insbesondere zur Frage, ob es von Temperatur, Lichtverhältnissen oder einer gewissen Saisonalität abhängig ist. Natürlich kennen wir auch die Dunkelziffer derer nicht, die das Virus schon haben und vielleicht ein Stück weit immun geworden sind.

Das sind unsere Neuerungen im Vergleich zum letzten Mal. Ansonsten arbeiten wir weiter kräftig daran, die Kontaktpersonen zu ermitteln. Je mehr Lockerungen wir zulassen, desto wichtiger wird

die Arbeit des Gesundheitsamtes, das Kontaktpersonen sorgfältig ermittelt, um möglicherweise entstandene Infektketten schnell zu durchbrechen und weiter sorgfältig zu testen. Das ist auch ganz wichtig: Damit wir diese Arbeit tun können, müssen wir die Infizierten sofort und schnell erkennen. Wir müssen beim Testen die Kapazität weiter hochhalten oder vielleicht sogar noch ausbauen. Gleichzeitig müssen wir sehen, dass die Tests schneller durchgeführt werden und wir als Gesundheitsamt die Ergebnisse und Kontaktdaten der Infizierten schneller bekommen. Damit können wir möglichst rasch in unsere Tätigkeit einsteigen, die Kontaktpersonen ermitteln und weiter die Kliniklandschaft im Blick behalten.

Es gibt jetzt schon wieder den Ruf nach elektiven Eingriffen. Wenn man diese Entwicklung sieht, kann man diese Diskussion derzeit führen. Man muss diese aber mit Bedacht führen, weil jede Lockerung einfach eine Wirkung hat, die wir mit Zeitverzug abschätzen können. Deswegen sollten sämtliche Zulassungen, was jetzt elektive, das heißt verschiebbare Eingriffe anbelangt, mit großem Bedacht entschieden werden. Das war es von mir. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! - (Beifall)

Herr Schäuble (Leitung Katastrophenschutz):

Ich versuche, Sie kurz mit anderen Aspekten upzudaten. Andere wichtige Themen lasse ich weg; denn die Absage des Oktoberfestes wird schon Allgemeingut sein. Wir befinden uns noch immer im Katastrophenfall.

- Es folgt eine Beamerpräsentation. -

Sie sehen den graphischen Verlauf. Frau Jacobs hat ihn ab dem Zeitpunkt des letzten Berichts im Feriensenat vorgestellt. Wenn man sich die Ausgangslage im Umland anschaut, sieht man das, was Frau Jacobs schon dargestellt hat. Nun folgt der Reproduktionsfaktor noch etwas graphischer. Je dunkler, desto mehr betroffen sind die Regionen mit der Zahl der Infizierten pro 100 000 Einwohner. Man sieht, überall im Umland beginnen sich die Maßnahmen auszuzahlen - mit Ausnahme des Bereichs Rosenheim.

Wenn Sie die Situation in Oberbayern anschauen, sehen Sie: Nach wie vor sind wir Spitzenreiter bei den Fallzahlen und weit vorne mit dabei, bewegen uns aber trotz allem bei den Fällen pro 100 000 Einwohnern deutlich besser als die Bereiche, die direkt an Österreich angrenzen. Die Mortalitätsrate hat Frau Jacobs erwähnt. Man sieht, es sind statistische Schwankungen, die sehr positiv zu bewerten sind. Im Verhältnis sterben bei uns weniger Menschen mit Corona-Infektionen als in anderen Ländern.

Wir haben uns ein bisschen aufgestellt. Sie wissen das. In der Zwischenzeit haben wir eine sogenannte Schwerpunktpraxis aufgemacht. Sie soll dazu dienen, dass sich der Infizierte direkt in einer Infektpraxis melden kann, sodass verschiedene Praxen, aber auch die ambulanten Behandlungsbereiche der Krankenhäuser durch mögliche COVID-Infizierte nicht betreten werden. Dort hat der Versorgungsarzt Dr. Florian Vorderwülbecke, den der Oberbürgermeister benannt hat, ein zusätzliches Beratungsteam von Ärzten geholt, um sich in der riesigen Landschaft der Münchner Ärzte gut zu vernetzen. Das sind Dr. Blankenfeld, Dr. Fendel, Dr. Powitz und Dr. Ritter.

Die Corona-Schwerpunktpraxis ist seit 10.04.2020 in Betrieb und hatte insgesamt 570 Vorgesprächen, die direkt zu 434 Tests geführt haben. Es ist gelungen, die Ärzteschaft verstärkt ins Boot zu bringen. Am Anfang war es etwas komplizierter zwischen der niedergelassenen Ärzteschaft und der KVB. Sie bekommen immer wieder Newsletter - es ist mittlerweile der fünfte -, der über Verschiedenes unterrichtet und beispielsweise die Sprachregelungen festschreibt und besagt, unter welchen Bedingungen sie die Patienten derzeit besser in die Schwerpunktpraxis leiten.

Neu hinzugekommen ist der Abschnitt Pflege. Es wurde in der letzten Sitzung schon darüber diskutiert. Es ist ein Bereich, der sich intensiv um die Einrichtungen der Altenpflege und der allgemeinen Pflege kümmert. Es gibt rund 80 feste Einrichtungen. Man ist mittlerweile aber auch auf die ambulanten Pflegedienste zugegangen.

Was ist positiv? Die Pflegedienste sind gut in der Lage, ihre Patienten zu versorgen. Was ist schwierig? Eine Unterversorgung mit einigen Schutzausrüstungskomponenten kann derzeit noch nicht wirklich ausgeschlossen werden. Wir kommen nachher noch darauf zu sprechen. Hier wurden bisher zwei Newsletter eingeführt, um die Einrichtungen und die ambulanten Pflegedienste hinsichtlich der Information besser am Laufen halten zu können.

Der Verlauf der Testungen wurde schon angedeutet. Natürlich ist mit dem Nachlassen der Erkrankungssaison die Überlagerung der Grippe Symptome zu COVID-Symptomen immer wieder diskutiert worden. Man sieht einerseits, dass der klassische Grippeinfekt nicht mehr ausgeschlossen werden muss. Andererseits sieht man auch die geringere Reproduktionszahl. Mittlerweile wurde diese Testung prozesstechnisch so durchgefeilt, dass in zwei Tagen ein Ergebnis vorliegt, wenn ein niedergelassener Arzt oder die KVB Patienten zur Testung überweist. Dieses Ergebnis ist auch verifiziert, sodass die anfänglich schwierigen Bedingungen, tage- und wochenlang auf den Befund warten zu müssen, nun ausgeschlossen werden können.

Nachläufer gibt es noch immer infolge der vielen Testungen, die der öffentliche Gesundheitsdienst in Bayern generell machen muss. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hat einen langen Vollzug bei Meldungen, was insbesondere bei Alten- und Pflegeheimen schwierig ist, weil man das Ergebnis möglichst rasch haben möchte.

Man sieht, dass sich die Intensivkapazitäten in einem erfreulich stabilen Zustand befinden. Es passt eigentlich ganz gut. Auch die Patientenverteilung ist so geregelt worden, dass zwischen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sog. Abstrombereiche geschoben wurden, damit Kranke, die in dieser Versorgungsstufe nicht mehr krankhauspflichtig sind, in ein Zwischenkrankenhaus abverlegt werden können und nicht mehr gleich in die Pflegeeinrichtungen zurückgebracht werden müssen, da sie noch Ansteckungsgefährdungen produzieren.

Das Thema Material hatte ich erwähnt. Es ist immer ein bisschen schwierig. Man ist in die kleine Olympiahalle umgezogen und hat dort ganz brauchbare Lagerbestände. Schwer zu bekommen sind Pflegekittel, die schützen, und zwar sowohl im klinischen Bereich als auch hier. Es ist eine der Mangelressource, warum auch immer. Wir können jetzt Gott sei Dank an der einen oder anderen Stelle auf die erste Bestellung der LHM zurückgreifen, die Ende März getätigt wurde. Es sind jetzt die Lieferungen da.

Derzeit ist festzustellen, dass insbesondere bei Großabnehmern, den großen Kliniken, die Lieferketten anscheinend noch intakt sind. Man bekommt das, was man will, nur nicht in den Mengen und in der Zeit, in der man es möchte. Aber im Kern ist es so, dass Großbesteller immer wieder etwas bekommen. Die Kleinbesteller stellen ein Riesenproblem dar. Wir haben deshalb insbesondere auch für die Arztpraxen eine Ausgabe an einem Drive-in-Schalter vorgenommen, damit diejenigen, die eine kleine Bestellung aufgeben, aber nichts mehr oder erst etwas in vier Monaten bekommen, versorgt werden. Ausgeführt wurden auch Lieferungen an das RBS zu Schulen und Kitas. Darauf komme ich nachher noch zu sprechen. Sie sehen links auf dem Bild die Bestellabwicklung und rechts, dass eine Arztpraxis mit einem Berechtigungsschein ihr Päckchen holen kann.

Es nimmt spannende Züge an. Es gibt Spenden, die manchmal ein bisschen schwierig sind, weil sie keine CE-Zertifizierungen haben. Wir haben immer öfter das Problem, dass die Qualität der gelieferten Schutzausrüstungen den gültigen Normen nicht entspricht. Das ist schon kompliziert. Wenn man sie zum Teil in den Arbeitsschutz gibt, stellt sich die Frage, welches Risiko man dem zumutet, der das anzieht. Es ist ein bisschen schwierig. Sie sehen, mittlerweile werden noch alle

Bestellungen in irgendeiner Form bedient, aber nie in den geforderten Mengen. Aber derjenige, der etwas braucht, bekommt etwas. Man hat auch begonnen, die Pflegeeinrichtungen zu beliefern. Seit dem Start haben wir 325 dieser Lieferungen ausgeführt. Es ist ungefähr das, was hier ausgegeben wurde.

Etwas ungemütlich ist es derzeit an der S-Bahn-Baustelle in Laim. Dort hat man bei den fortschreitenden Arbeiten einen Verdachtsfall auf einen Kampfmittelfund. Die Überlegung ist, wie man damit umgeht und ob man zu Zeiten von Corona die entsprechenden Maßnahmen sicher durchführen kann, die eine Evakuierung zur Folge hätten. In diesem Bereich befinden sich rund 2 500 Menschen, was für unsere Verhältnisse nicht besonders viel ist. Für München ist es eher eine kleinere Größenordnung einer Evakuierungsmaßnahme. Es ist auch keine besondere Herausforderung enthalten, sodass jetzt unter dem Eindruck, dass die gesamte Stammstrecke nur über eingeschränkte verkehrliche Möglichkeiten verfügt, begonnen wurde. Das heißt, es müssten weitere Gleise gesperrt werden, und es käme zu weiteren Verzögerungen im S-Bahn-Verkehr. Das wollten wir der anlaufenden Wirtschaft nicht zumuten. Güterzüge können nur bedingt fahren.

Deshalb hat man sich zusammen mit dem Innenministerium aufgrund der erheblichen Einschränkung entschlossen, die Entschärfung am Sonntag, dem 3. Mai, durchzuführen. Das KVR arbeitet an verschiedenen Auflagen. Man wird die Aufgabe mit der Olympiapark GmbH lösen. Da die Olympiahalle für 10 000 Konzertbesucher Platz hat, besteht genügend Platz, falls es regnen sollte. Das Gelände ist groß genug, sodass für Menschen, die nirgends anders hingehen wollen oder können, ausreichend Platz zur Verfügung steht. In den Bus-Shuttles, die nur mit einer Mund-Nasen-Schutz-Bedeckung betreten werden dürfen, wird es genügend Abstände geben.

Die Bürger\*innen haben sich langsam, aber sicher an die Situation gewöhnt. Die „Sägezahnkurve“ zeigt den Montag. Die Bürger\*innen scheinen am Wochenende weniger Fragen zu haben als am Montag. Der Wert hat sich insgesamt für alle Anfragen bei etwa 1 500 eingependelt.

Wie ist die Situation mittlerweile in der Stadtverwaltung? Sie sehen, bezogen auf die Zahl von rund 37 000 Beschäftigten hält sich die Zahl der an COVID-Erkrankten deutlich in Grenzen. Die Freistellungen sind stark zurückgegangen. Eine Verstärkung anderer Bereiche ist nach wie vor dringend erforderlich, insbesondere bei der Kontaktpersonen-Betreuung und Ermittlungen im RGU. Dort wird auch noch längere Zeit Personal benötigt.

Das Polizeipräsidium München hat uns mitgeteilt, Polizeikontrollen haben eine relativ hohe Präsenz. Sie sehen an der Abbildung, dass relativ wenig Verstöße festgestellt werden. Diese werden in sehr geringem Umfang geahndet. Es ist der Bereich, in dem Bußgelder verlangt werden.

Das öffentliche Leben wurde im Feriensenat schon angesprochen. Versammlungen und Veranstaltungen sind ab 04. Mai 2020 unter bestimmten Voraussetzungen wieder möglich: Es müssen weniger als 50 Personen sein, es darf nicht länger als eine Stunde dauern, und es darf kein direkter Kontakt vorhanden sein. Man darf bei den Versammlungen keine Flugblätter überreichen. Es müssen die Abstandsregeln eingehalten werden, und es muss ein Mund-Nasen-Schutz verwendet werden. All dies kann beim KVR wieder in der Form beantragt werden.

Ähnliches gilt für Veranstaltungen. Es gibt nette Events wie Hinterhofkonzerte, bei denen Künstler\*innen auf dem Balkon sind und die anderen Menschen an den Fenstern. Auch das wird immer mehr nachgefragt, und zunehmend gehen Eingaben ein. Zumindest in Nordrhein-Westfalen erlebt das Autokino eine Renaissance. Das gilt in Bayern als Freizeitveranstaltung und wird nach wie vor untersagt.

Zu den Schulen: Seit dieser Woche sind die Schulen wieder im Präsenzunterricht. Es gab umfangreiche Hygienevorschriften des Kultusministeriums. Die nächsten Klassenstufen starten am 11. Mai 2020. Die übrigen Klassenstufen sind derzeit noch ohne klare Vorgabe. Falls es Nachfragen gibt, kann Frau Zurek nachher noch ergänzen. Es war ein bisschen kompliziert, weil die Hygienevorschriften wie immer am Freitag gegen 12 Uhr aufgelaufen sind und am Samstag und Sonntag schnell an die Schulen gebracht werden mussten. Es gab Erstausstattungs Pakete für die Schulen. Mit dem Zählen haben sie es beim Kultusministerium nicht; denn es haben 80 Einrichtungen gefehlt. Wir konnten das zwischenpuffern mit dem mittlerweile vorhandenen Material.

Das Gleiche, was noch aufregender war, galt für die Kinderbetreuung. Auch das Staatsministerium für Arbeit und Soziales hat zur Kinderbetreuung Arbeitsschutzmaßnahmen ausgesprochen. Ich denke, das findet sich in dem behandelnden Punkt wieder. Auch dort wurden die entsprechenden Schutzgegenstände, z. B. Mund-Nasen-Schutz, geliefert.

Auch die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände war zu Gast im SAE. Es ging im Kern um die Punkte, die Sie sehen. Sie wurden zum Teil behandelt. Manches geht, manches nicht. Der Wunsch nach Reihentestungen geht beispielsweise nicht. Bei fehlender Schutzausrüstung

geht ein bisschen etwas, aber auch nicht besonders viel. Bezüglich der fehlenden Quarantäne-Einrichtungen konnte man Aufklärung bieten.

Der schon angesprochenen Wirtschaft wird unter die Arme gegriffen. Man sieht, es sind relativ viele Anträge eingereicht worden. Beim letzten Mal waren es schon 30 000. Sie wurden in der gleichen Woche mit einer Fördersumme von 77,8 Mio. € abgearbeitet. Nun liegen nochmals 40 000 Anträge mit einer Summe von über 110 Mio. € vor. Das ist derzeit beim Referat für Arbeit und Wirtschaft in Vorbereitung. Auch hier geht es natürlich nur mit Personalzuschaltungen. Sie sehen an den Zeiten, es wird ohne größere Verzögerungen gearbeitet, um die Wirtschaftsförderungen zu gewähren und existenzbedrohenden Belangen zu begegnen.

Was kommt? Wir versuchen, die Pflegeanbindung und die Materialvorhaltung zu konsolidieren sowie die Corona-Testlandschaft zu verbessern. Insbesondere wird man mit dem Thema, wie das RGU seine Testlandschaft „fahren“ möchte, in der nächsten Woche umgehen müssen. Das RGU sieht insbesondere in den Pflegeheimen die Zeitläufe besonders beim LGL als zu lang an. Da soll etwas verbessert werden. Wir haben eine verstärkte Einbindung der niedergelassenen Ärzteschaft. Wir haben in München rund tausend Arztpraxen. Wenn 300 von diesen wieder in Infekt-Sprechstunden einsteigen und auch Tests durchführen, sich also in dieses System einklinken, wenn sie die Schutzausrüstungen erhalten, so kommt man auf eine deutliche Verbesserung der Testlandschaften.

Die dauerhafte Verstärkung des Infektionsschutzbereiches beim RGU wird sicher noch lange anhalten müssen, logischerweise über den derzeit vorhandenen Stellenplan hinaus. Man wird mit sehr langen Abordnungen und Personalumschichtungen innerhalb der Stadt arbeiten müssen.

Am 04. Mai 2020 wird an der Wiederaufnahme des eingeschränkten Parteiverkehrs gearbeitet. Auch dazu gibt es intensive Arbeitsschutzdiskussionen. Die Öffnungsmaßnahmen werden begleitet. Das ist manchmal nicht so einfach. Leidtragende waren gerade Frau Frank und das Kommunalreferat. Einmal hat das Innenministerium gesagt: Für die Märkte gilt die Mund-Nasen-Schutzpflicht. Dann wurde argumentiert: Die „Marktstand“ im Freien brauchen keinen Mund-Nasen-Schutz beim Kundenverkehr. Am Ende des Tages ist es nun so, dass der Infektionsschutz in Gebäuden innerhalb eines Marktes, z. B. Metzgerzeile, gilt, wo man diesen Mund-Nasen-Schutz wie in jedem üblichen Geschäft haben muss. Aber wenn man außen beim Gemüsehändler einkauft, braucht man diesen Schutz nicht. Es war ein bisschen kompliziert mit den FAQs des Innenministeriums.

Ich darf mich recht herzlich bedanken. Wir stehen für Rückfragen zur Verfügung. Die Fraktionen haben einen Ansprechpartner benannt und werden immer in den Wochen, in denen keine Plenarsitzung oder Feriensenat stattfindet, informiert. Ich hoffe, wir konnten deutlich machen, dass nach wie vor sehr intensiv und zielgerichtet gearbeitet wird.

Danke schön. - (Beifall)

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz drei Punkte ansprechen. Es hat mich überrascht, dass wir rund 20 % unserer Intensivbetten für COVID-19-Erkrankte belegt haben. Erst gestern habe ich die Zahl des Bundes von 7 % gehört. Das heißt, dass wir in München wohl eine viel kritischere Situation haben. Liegt das an diesem von Ihnen schon erwähnten Umland-Thema? Darüber würde ich gerne von Ihnen noch etwas hören.

Bezüglich der Basisreproduktionsrate wird inzwischen etwas differenzierter diskutiert. Es stellt sich die Frage: Gibt es Infektionscluster, die eine völlig andere Wirkung haben? Sind sie aus der Reproduktionsrate herausgenommen? Wenn es ein Zentrum mit vielen Infizierten gibt, wirkt es sich statistisch auf alle aus, aber faktisch nicht.

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zur Akzeptanz machen. Ich glaube, es ist wichtig, für die Akzeptanz zu sorgen. Es gibt immer wieder Fälle, bei denen man sich an den Kopf greift und fragt, warum das so ist. Im *Münchner Merkur* ist zu lesen, das Ausgeben von Büchern von Stadtbibliotheken wird verboten, weil es eine Freizeitbeschäftigung sei. Das ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar. Ich finde, es wäre gut, wenn die Menschen mehr lesen würden. Von daher wäre es gerade eine Chance der Krise, wenn Menschen lesen.

Nicht ganz nachvollziehbar ist für mich, dass wir den Maßmannpark geschlossen haben, weil dort ein Spielplatz ist. Bei einem Spaziergang durch die Maxvorstadt habe ich festgestellt, dass nun alle beim Alten Nordfriedhof sind und dort Ball spielen. Da passt eines nicht zum anderen. Ich finde, man muss nachvollziehbare Entscheidungen treffen, dann erhöht man die Akzeptanz. Ich glaube, wir brauchen mehr Möglichkeiten der Digitalisierung.

Ich halte die Schließung von Museen für völlig albern. Man kann heute bei jeder Ausstellung Zeiten buchen. Damit kann man kontrollieren, in welcher Zeit wie viele Menschen im Museum sind. Das

zu organisieren ist überhaupt nicht problematisch. Warum wird das nicht gemacht? Über so etwas sollte gerade mit Blick auf die Zukunft diskutiert werden. Weiter würde mich interessieren, ob wir für unsere Mitarbeiter Schutzmasken haben, wenn der Parteiverkehr u. a. im KVR wieder beginnt.

Es ist uns allen schon seit einiger Zeit klar, dass das Oktoberfest so nicht durchführbar ist. Aber wäre es vom Stil her und aus Respekt gegenüber dem neuen Stadtrat nicht besser gewesen, die Entscheidung statt in der vergangenen Woche erst in der nächsten Woche zu verkünden? Der Stadtrat ist Teil der Verwaltung. Warum wird er nicht einbezogen? Der neu gewählte Stadtrat hätte sicherlich einbezogen werden können. Das, was man in der letzten Woche verkündet hat, hätte man auch in der nächsten Woche verkünden können, ohne dass es irgendwelche bürokratischen Hemmnisse gegeben hätte. Man hat ohnehin gesagt, dass bis Ende Mai eine Entscheidung getroffen werden muss. Also hätte man es auch Anfang Mai machen können.

StR Weisenburger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Dieter, erst einmal herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl - auch den anderen Kolleg\*innen, die wieder gewählt wurden und weitermachen. Mein Thema ist heute „Kinder und Corona“. Alle großen Medien haben dazu schon mehrere Berichte gebracht. Ich habe auch viele persönliche Nachrichten bekommen. Es gibt eine sehr große Facebook-Gruppe „Eltern in der Krise“. Dort findet ein sehr reger Austausch statt. Der Grundtenor aller Berichte und Nachrichten ist: Die Politik hat uns vergessen. Es wird über alles geredet außer darüber, wie es mit den Kindern weitergeht.

Ich hoffe, ich habe die Unterstützung der Kolleg\*innen, wenn ich im Münchner Stadtrat sage: Es gibt nicht nur *die* Politik. Es gibt sehr viele Aspekte von Politik. Auch Politiker\*innen haben sehr viele verschiedene Lebenssituationen. Es gibt genügend Menschen in politischer Verantwortung, die abends am Küchentisch sitzen und sagen, dass es eigentlich keinen einzigen Tag länger so weitergehen kann. Sie machen aber am nächsten Tag trotzdem so weiter, weil es sein muss und man keine andere Wahl hat, obwohl man sich denkt: Meine Kinder haben viel mehr Bildschirmmedienzeit als früher. Ich habe pädagogische Grundsätze aufgeweicht, die vor acht Wochen noch sakrosankt waren. Man fühlt sich irgendwie schlecht und fragt sich: Bin ich ein schlechter Vater oder eine schlechte Mutter, wenn ich versuche, meinen Job so zu machen wie bisher, um alles andere nebenher noch „reinzuwursteln“ und die Kinder zu erziehen? Das Gefühl, das viele Menschen haben, gibt es auch bei Politiker\*innen. Ich möchte nur die Botschaft nach außen vermitteln: Liebe Leute, ihr seid nicht allein!

Klar gibt es Leute, die sich fragen, wie es in der aktuellen Situation den Alleinerziehenden geht. Mit der Notbetreuung ist es jetzt vielleicht etwas besser. Aber davor war die Situation etwas dramatisch. Wie geht es Familien, die Kinder mit besonderen Bedarfen haben? Was ist, wenn man als Eltern von coronabedingter Arbeitslosigkeit bedroht ist oder vielleicht als Selbstständiger keine Aufträge mehr bekommt? Was macht es mit Familien, wenn Netzwerke wegfallen, Verwandte, Freunde, Kitas, Schule und banale Dinge wie eine Zufallsbegegnung auf einem Biergartenspielfeld bei schönem Wetter?

Ich bin sehr froh, dass nicht nur hier, sondern eigentlich in allen Parlamenten über dieses Thema umfangreich diskutiert wird. Unsere Bundesvorsitzende und unsere Vorsitzende in der Landtagsfraktion haben sich auch dazu geäußert. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Ich finde es völlig richtig und pflichte Ihnen bei, Frau Jacobs. Natürlich war es richtig, Schulen und Kitas am Anfang konsequent zu schließen; denn die normale Erfahrung zeigt das, was jeder weiß, der kleine Kinder hat: Kitas sind Virenschleudern. Das ist so! Darum wird argumentiert, wir wissen nicht, wie viele Kinder zur Verbreitung des Corona-Virus beitragen, weshalb wir zur Sicherheit alles dichtmachen.

Mittlerweile gibt es möglicherweise neue Erkenntnisse aus Island und aus den Niederlanden. Außerdem haben sich deutsche Virologen zu dem Thema dahin gehend geäußert, dass sich Kinder zwar anstecken können, aber nur in sehr seltenen Fällen den Virus übertragen. Wenn dies so ist, wäre das eine sehr wichtige Erkenntnis. Aber das sind noch keine gesicherten Erkenntnisse. In einer Studie in Heidelberg wird versucht, das herauszufinden. Ich erhoffe mir relativ rasch gute Erkenntnisse und hoffe auch, dass die bayerische Politik nicht zu arrogant ist, um Erkenntnisse einer Studie aus einem anderen Bundesland zu akzeptieren.

Ich kann nur an die zuständigen Ministerpräsident\*innen und Minister\*innen appellieren: Die Familien brauchen eine Perspektive und einen Plan. Die meisten Familien treibt diese Perspektivlosigkeit um. Alle bekommen ein Datum, an dem es möglicherweise wieder losgeht, aber die Familien nicht. Diese Perspektivlosigkeit zermürbt auf Dauer. Deswegen wäre mein dringender Appell: Es braucht einen Plan. Meine persönliche Meinung ist: Bevor man sich Gedanken darüber macht, wann wieder Profi-Fußball gespielt werden soll, sollte man sich lieber Gedanken machen, wie es mit den Familien weitergeht.

Ich sage nicht, dass man alles wieder aufmachen sollte. Da pflichte ich Frau Jacobs bei. Das ist ein gewisses Risiko. Dazu braucht man Daten und einen vernünftigen Plan mit verschiedenen Szenarien und Zeitabläufen. Ich erwarte, dass Pläne vorgelegt werden.

Zu unserem Antrag: Ich danke dem RBS für die sehr offene Kommunikation im Vorfeld und für die Vorlage. Ich finde, es ist sehr gut dargestellt, wie die Hygienemaßnahmen in Kitas umgesetzt werden. Wir können dem voll zustimmen. Ich hoffe, dass es in der Praxis so gelebt wird. Der Erfolg der Hygienemaßnahmen hängt immer davon ab, ob es in der Praxis durchgesetzt wird.

Ich habe einige Fragen an das RBS: Es geht um Elternbeiträge, die zurückgezahlt werden. Das Sozialministerium will nun, nachdem es die Grünen im Landtag lange genug gefordert haben, einen Fonds auflegen, um den Trägern die wegfallenden Elternbeiträge zu erstatten. Sie machen es nicht durch eine Spitzabrechnung, sondern durch eine Pauschale. Meine Bitte an das RBS wäre, darzustellen, wie sich die Pauschale auf den städtischen Träger auswirkt - es muss nicht heute sein, auch nicht per Beschlussvorlage, sondern kann auf dem Bürowege erfolgen. Die Stadtkämmerei kann darstellen, wie wir aus der Nummer finanziell herauskommen. Um ein komplettes Bild zu haben, wüssten wir auch gerne, wie die freien Träger und die EKIs damit zurechtkommen.

Frau Jacobs, wir haben zum Thema „Corona und Kinder“ bereits in der vergangenen Woche miteinander telefoniert. Vielen Dank für das offene Gespräch. Meine Frage lautet: Wie kann das RGU dazu beitragen, um zu besseren Daten zum Thema „Corona und Kinder“ zu kommen? Sie haben mir am Telefon gesagt, die Daten seien nur in der Altersgruppe 0 bis 20 Jahre aggregiert. Die 19-jährige Ischgl-Urlauberin ist genauso enthalten wie das 2-jährige Krippenkind.

Die Aussagekraft ist in Bezug auf Kinder bei einer solchen Spannweite gleich Null. Könnte man das nicht genauer darstellen? Eigentlich müsste auf jedem Test ein Geburtsdatum stehen. Es müsste irgendwo alles in eine zentrale Datenbank eingegeben werden. Durch eine Datenbankabfrage könnten dann die Fallzahlen pro Jahr abgefragt werden. Wenn das nicht gemacht wird, stellt sich die Frage, warum nicht? Könnte man das nicht anders machen?

Was den Umfang der Tests betrifft, habe ich gestern einen Bericht im „Spiegel“ gelesen, demzufolge in Deutschland etwas mehr als die Hälfte der Testkapazitäten ungenutzt ist. So zumindest schreibt es der „Spiegel“, was mich verwundert, weil es immer hieß, wir hätten nicht genügend Tests. Ist das so? Gibt es freie Testkapazitäten? Bei Verdachtsfällen, bei denen eine Corona-Symptomatik besteht, ist es momentan so, dass nur die Eltern getestet werden, wenn die Kinder symptomfrei sind, was meist der Fall ist. Es gibt quasi eine Lücke in der Datenerhebung. Wenn es genug Tests gibt, wäre es dann sinnvoll, die Familien komplett zu testen?

Ich habe noch zwei weitere Fragen an das Sozialreferat: Wie ist die aktuelle Lage bei Kindern mit Behinderungen? Dürfen Schulhelfer zu den Familien gehen? Wie sieht der aktuelle Stand der dem Sozialreferat zugeordneten Einrichtungen wie Nachmittagstreffs, Familienzentren und Arche aus? Sind alle geschlossen? Sind manche geöffnet? Gibt es Pläne, wie weiter vorgegangen wird?

Noch ein Appell von einigen Zuschussnehmern: Sie wollen so weit wie möglich Planungssicherheit. Ohne Planungssicherheit ist es schwierig, nach außen Planungssicherheit zu geben, wenn man sich ständig auf etwas Neues einzustellen hat. Dennoch mein Appell: Geben sie so viele verbindliche Informationen heraus wie möglich. Man kann den Trägern an manchen Stellen auch sagen: In einem gewissen Rahmen entscheidet Ihr das nach eigenem Ermessen. Das wäre für die freien Träger sehr wichtig.

StRin Wolf:

Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine Nachfrage an das Sozialreferat, Wohnungsamt, in Bezug auf die städtischen und staatlichen Gemeinschaftsunterkünfte, sei es für Wohnungslose in München oder für Flüchtlinge. Auf der Folie, die Herr Schäuble vorhin gezeigt hat, war es etwas zu kurz dargestellt. Es besteht die Gefahr, dass eine solche Gemeinschaftsunterkunft ein Hotspot der Infektion sein kann oder sich dazu entwickeln kann. Ich bitte Sie, aufzuzeigen, wie Sie auf die Anforderungen der Verbände eingehen. Ich bitte, diese vier Punkte noch etwas zu erläutern, insbesondere das Thema Reihentestungen und die Situation bei den Testkapazitäten. Diese Frage hat auch Herr Dr. Mattar gestellt. Ich glaube, wir müssen das im Blick behalten. Es gibt Vorlagen. Es wurden Hotels und andere Einrichtungen angemietet. Ich hätte gern mehr Informationen, wie die Situation genauer aussieht.

Vielen Dank.

OB Reiter:

Zu der Frage nach den Betten und der Auslastung bitte ich Herrn Dr. Fischer, Stellung zu nehmen. Außerdem wurden an Frau Jacobs Fragen zur Reproduktionsrate und zu Zahlen von Kindern gestellt. Zu den Fragen bezüglich Parteiverkehr und Arbeiterschutz kann entweder Frau Jacobs ausführen oder Herr Dr. Dietrich. Außerdem wurden noch Fragen an das Sozialreferat und an das RBS gestellt. Ich bitte, diese von den jeweiligen Referentinnen oder deren Vertreter zu beantworten.

Herr Dr. Fischer:

Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei uns ist die Auslastung differenziert zu betrachten, weil wir auch noch andere Fälle wie Notfälle, Herzinfarkte und Schlaganfälle haben. Derzeit haben wir etwa 140 Intensivbetten und seit drei Wochen konstant zwischen 50 und 60 Corona-Patienten. Wir haben immer noch 60, bei denen es sich nicht um Corona-Patienten handelt. Das heißt, wir sind eigentlich schon an der Grenze, könnten aber noch ausbauen und mehr Kapazitäten schaffen. Wir haben immer ungefähr ein Drittel der Patienten aus dem Umland. Von 50 Patienten kommen 15 bis 20 aus dem Umland.

Bfm. StRin Jacobs:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufsetzend auf das, was Herr Dr. Fischer gesagt hat: Die Zahlen sind bundesweit nicht anders. Laut dem aktuellen Bericht des RKI sind von insgesamt 32 394 bundesweit zur Verfügung stehenden Intensivbetten, die über die DIVI-Plattform registriert werden, 19 337 (60 %) belegt. Somit sind aktuell 13 057 (40 %) frei. Das entspricht in etwa dem, was wir hier erleben. Wir sind sogar besser. Meist haben wir in München pro belegtes Bett auch noch ein weiteres freies. Deshalb ist unsere Quote sogar besser als die bundesweite. Das wollte ich zur Berichtigung sagen.

Am Anfang der Krise konnten wir von den Kliniken noch nicht die Infos erhalten, woher der intensivmedizinische Patient kommt, d. h., ob er in unsere örtliche Zuständigkeit fällt oder in die Zuständigkeit eines anderen Gesundheitsamts. Wir werden immer besser und wissen inzwischen, dass ca. 32 % aus dem Umland kommen. Diese Zahl schwankt, je nachdem, wie die Kliniken im Umland ausgelastet sind. Es ist diese Unschärfe, die ich vorhin in meinem Vortrag erwähnt habe. Es hängt sehr stark davon ab, wie das Umland seiner Versorgungslage nachkommt und wie die Landkreise, für die wir in München einen starken Mitversorgerauftrag haben, im Kontaktpersonenmanagement aufgestellt sind und die Virusentwicklung in den Gebieten abwickeln.

Herr Dr. Mattar, die von Ihnen angesprochenen Cluster sind eine Unschärfe bei unserer Prognose und bei der Ermittlung des Reproduktionsfaktors, wie ich bereits ausgeführt habe. Ein Ausbruch in einem Alten-, einem Pflegeheim, einer Behinderten- oder einer Gemeinschaftseinrichtung erzeugt gleich eine Vielzahl an Kontaktpersonen und damit eine völlig andere Reproduktion in dieser speziellen Einrichtung. Das ist eine weitere Unschärfe, die man sehen muss, wenn man diese Reproduktionszahl liest. Ich habe es vorhin ausgeführt. Deshalb ist auch auf einer Folie ein relativ breiter Korridor gewesen.

Anfangs gab es bei der Ermittlung der Kontaktpersonen sehr viel mehr Unschärfen. Im Schnitt waren es ca. sieben Kontaktpersonen, die jeder Infizierte mitgebracht hat. Auch diese Zahl enthält natürlich immer eine Unschärfe. Das haben wir auch beim Schulsetting gesehen. Es ist nach der reinen Lehre des RKI schwer zu sagen: Ich hatte länger als fünfzehn Minuten Kontakt zu der infizierten Person und weniger als zwei Meter Abstand. Das waren die anfänglichen Orientierungspunkte, um sagen zu können: Ja, Du bist jetzt eine Kontaktperson, die wir 14 Tage in häusliche Quarantäne nehmen - oder nicht. Man wurde immer schlauer, je weiter die Virusinfektionen vorangeschritten sind. Man sieht deutlich, dass immer eine gewisse Unschärfe vorhanden ist.

Wir wissen wenig. Damit tun sich alle schwer, auch wir, die wir mit dem Virusgeschehen zurechtkommen und es managen müssen. Wir müssen gleichzeitig die Unschärfen immer in den Blick nehmen, erkennen und einpreisen, wissend, dass noch eine Überraschung möglich ist. Es gibt Hinweise darauf, dass sich das Virus wie ein Herpes Zoster Virus in den Nervenenden anlagert und wieder ausbrechen kann. Es gibt auch Hinweise darauf, dass man sich sogar mehrfach infizieren kann. Das ist alles noch nicht gesichert und alles im schwammigen Bereich, sodass man sagen kann: Das muss ich meinen Annahmen nicht zugrunde legen. Aber es gibt diese Hinweise. Am Ende wird sich zeigen, wie sich das Virusgeschehen abgespielt hat. Jetzt können wir nur die vorhandenen Fakten bestmöglich zusammentragen und möglichst mit den vorhandenen Mitteln auskommen.

Ich komme zu dem Thema Testung. Natürlich testen wir ganze Familien, wenn sie symptomatisch sind. Wir haben als Gesundheitsamt im Verlauf eine Änderung des Kontaktpersonenmanagements erfahren. Am Anfang haben wir alle Kontaktpersonen getestet, egal, ob sie die typischen Symptome hatten, also Fieber, Husten, ein Abgeschlagenheitsgefühl ähnlich einer Grippe, Erkältungssymptomatik usw. Inzwischen testen wir nach Vorgabe des RKI und des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit nur noch die Kontaktpersonen, die symptomatisch sind. Gerade in Familien ist das sehr schwierig.

Herr Weisenburger, ich teile Ihre Meinung. Wir müssen mehr Wissen sammeln, zusammenbringen, kondensieren und Daten und Fakten zusammentragen, um bessere Erkenntnisse zu bekommen. Wir sind dabei. Die jetzt in Baden-Württemberg gestartete Studie war längst überfällig. Ich sehe, dass insbesondere Familien extrem unter der Situation leiden. Ich habe auch zwei Kinder. Weil ich in diesem Amt bin, dürfen sie in eine Notbetreuung. Am Anfang wollten sie das nicht, sind aber jetzt froh, dass sie dadurch ein Stück weit ihr altes Leben gesichert haben. Es muss aber unser An-

spruch sein, dieses für alle Kinder zuzulassen, soweit es zu verantworten ist und wir das Virusgeschehen abschätzen können. Dafür brauchen wir mehr Erkenntnisse.

Man darf nie nur das einzelne Kind betrachten, sondern muss wissen, dass eine ganze Familie dranhängt, vielleicht auch eine bettlägrige Oma. Auch bei den Erzieher\*innen und Lehrkräften ist das so. Sie sind nie isoliert zu sehen. Es hängen immer Familien dran, die man auch sehen muss. Bei Kindern ist das Tückische, dass sie positiv sein können, auch wenn sie nicht symptomatisch sind. Das weiß man inzwischen, kann es sagen und den Maßnahmen zugrunde legen.

Das Ergreifen der Hygienemaßnahmen, das Tragen einer Maske und das Einhalten von Abständen sind in einer Kita und auch noch in einer Grundschule eher schwierig. Es ist eine Unsicherheit in dieser Gruppierung vorhanden. Wenn die Schulen und die Kitas wieder mit ins Spiel kommen, ist es wichtig, die Zahl der Infizierten zu kennen. Wir arbeiten daran, diese Zahl künftig extrahieren zu können. Von IT@M und dem IT-Referat haben wir eine sehr gute Anwendung entwickelt bekommen, die wir jetzt nach und nach an unsere Bedürfnisse und Daten, die wir erheben, nachschärfen und herausfiltern müssen.

Es ist einer der nächsten Schritte, die Altersgruppe der 0- bis 9-Jährigen zu erfassen, um mehr Sicherheit zu bekommen. Getestet wird in dieser Gruppe relativ wenig, weil sie nicht symptomatisch ist. In unserem Kontaktpersonenmanagement testen wir nur noch jemanden, der symptomatisch ist. Aber auch die medizinische Indikation muss da sein. Wenn der Haus- oder der Kinderarzt testet oder ein Test über die KVB herbeigeführt wird, testet man eigentlich nur nach symptomatischen Parametern. Das ist die Krux.

Bei unserem Drive-in auf der Theresienwiese wurde jeweils die ganze Familie getestet, wenn einer zur Testung angemeldet war und die Familie im Auto saß. Über diese Testreihe haben wir auch Erkenntnisse gewonnen, die noch nicht in einer Größenordnung sind, dass man sie als valide oder als wirkliche Studie bezeichnen könnte. Aber wir können vorsichtig ableiten, dass die beiden Eltern infiziert sind und die beiden Kinder nicht. Es wäre wichtig, so etwas in einer Studie validiert vorgelegt zu bekommen, weil sich das auf sämtliche Entscheidungen auswirkt.

Ich glaube auch, dass Kinder diejenigen sind, die mit am meisten unter den Einschränkungen leiden. Für Eltern im Homeoffice ist es auch kein Vergnügen. Darüber brauchen wir uns nicht zu streiten. Das ist eine gewaltige Herausforderung für einen solchen Familienverbund. Da ist es

wichtig, dass wir diese Erkenntnisse erzeugen. Wenn ich etwas vergessen habe, würde ich Sie bitten, mir die Fragen zuzurufen.

In Unterkünften nehmen wir per se keine Reihentests vor. Herr Schäuble hat es auf einer Folie dargestellt. Aber wir gehen in die Fläche und in die Masse, wenn ein Fall positiv ist. Das müssen wir tun. Es hängt auch von der einzelnen Person in der Unterkunft ab. Wenn Sanitätsräume gemeinsam genutzt werden, gemeinsam gegessen wird oder eine Gemeinschaftsfläche zusammen genutzt wird und man nicht mehr sagen kann, wer in den 48 Stunden vor Symptombeginn mit der betreffenden Person zusammen war, gehen wir in die Fläche und testen in der Gemeinschaftseinrichtung, soweit wir es als erforderlich ansehen.

Das machen wir auch in Alten- und Pflegeheimen so, wenn vulnerable Gruppen betroffen sind, aber immer nur dann, wenn ein positiver Fall auftaucht und wir davon ausgehen müssen, dass es eine große Betroffenheit in der Einrichtung gibt. Anders kriegt man sie in den Einrichtungen nicht in den Griff. Aber wir machen es nicht automatisiert, weil auch ein Test immer nur eine Momentaufnahme ist. Das haben wir zuletzt erlebt. Beim LGL gab es einen großen Meldeverzug. Zum Teil haben wir erst nach zehn Tagen die vollständigen Ergebnisse bekommen mit der Folge, dass wir von vorne anfangen müssen. Unter diesen Nachzüglermeldungen waren positive Fälle, die wieder neue Infektketten in Gang gesetzt haben können. Mangels Kenntnis konnten wir nicht entsprechend reagieren und isolieren. Deshalb müssen wir noch einmal testen. Das macht überhaupt keinen Sinn.

Dort, wo es angezeigt ist und ein positiver Fall andere angesteckt haben könnte, testen wir, soweit es nötig ist, meist in der Fläche und in einer Art Reihentestung. Wir müssen noch daran arbeiten, dass wir die Ergebnisse möglichst schnell bekommen. Wir werden künftig stärker mit Privatlaboren arbeiten, allerdings mit der Kostenfolge. Das muss man immer sehen. Aber es ist wichtig, dass wir als Gesundheitsamt schnell Ergebnisse bekommen und schnell handlungsfähig werden, um die Ausbreitung in den Griff zu bekommen.

Bfm. StRin Zurek:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte! Vielen Dank für das Lob für die Vorlage. Die Kolleg\*innen haben den Inhalt in Windeseile zusammengestellt. Sie sehen, vor welchen Herausforderungen wir gestellt werden. Herr Schäuble hat darauf hingewiesen, dass derartige Regelungen immer zeitnah zum Wochenende kommen, damit man die Regelung entspannt über das Wochenende umsetzen kann.

Was die Elternbeiträge betrifft, wird der Freistaat eine Pauschale an die Träger ausreichen unter der Bedingung, dass sie keine Elternbeiträge erheben. Es gibt durchaus einige, die sagen, dass die Beträge nicht ausreichen. Ich kann Ihnen darstellen, wie sich das bei uns auswirkt - sicherlich positiv, weil wir in dem Bereich durchaus moderate Gebühren haben.

Insgesamt ist es so, dass diese Situation auch unsere Erzieher\*innen vor große Herausforderungen stellt. Sie versuchen, mit Eltern, die nicht systemkritisch sind und in der Notbetreuung sind, Kontakt zu halten, um Tipps zu geben und die hier geschilderte Situation zu erleichtern. Das klappt einmal gut und einmal weniger gut. Es ist wirklich eine Herausforderung, neben dem Homeoffice auch noch die Kinder zu betreuen. Der Vorlage ist zu entnehmen, die Zahl der Betreuten ist durch die Öffnung gestiegen. Ich denke, dass es sich vielleicht noch weiter aufbauen wird, weil es noch nicht alle in Anspruch genommen haben. Deswegen sind wir dahinter, um für die Kolleg\*innen die benötigten Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu den Schulen sagen: Es ist auch für die Schulen eine Herausforderung, weil die Abiturjahrgänge sowie die Prüfungsjahrgänge in allen Bereichen unterwegs sind, im Bereich der beruflichen Schulen sind es sogar die meisten Schüler\*innen. Wenn es eintritt, wie angedeutet, und ab dem 11. Mai 2020 auch die vierten Grundschulklassen mit einer entzerrten Betreuung in den Klassen den Schulalltag wieder beginnen, muss man wissen, dass es möglicherweise im Schichtbetrieb laufen wird - nicht, weil man nicht genügend Räume hätte, sondern weil nicht genügend Lehrkräfte zur Verfügung stünden. Auch das wird eine Herausforderung sein.

Stellv. Referent Groth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will auf die Fragen von Herrn Weisenburger eingehen und danach auf die Frage von Frau Wolf.

Zur Frage nach der Situation der Kinder und der behinderten Kinder im sozialen Bereich: Die ambulanten Erziehungshilfen sind weiter mit den Kindern in Kontakt - natürlich persönlich nicht mehr, in Notfällen aber schon. Der Kontakt wird weitgehend über Handy, Skype und dergleichen gehalten. Auch zu den Familien mit Problemlagen wird der Kontakt intensiv über alternative Medien fortgeführt. Im Bereich der ambulanten Therapieangebote und der Schulbegleitung ist es ähnlich. Es werden neue Medien und neue Wege gefunden, um mit den Familien und Kindern in Kontakt zu bleiben. Das Gleiche gilt für die heilpädagogischen Einrichtungen, die bei Bedarf Notfallbetreuungen anbieten.

Bei der Schulsozialarbeit und der Jugendsozialarbeit an Schulen verhält es sich ähnlich. Was die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit betrifft, sind viele Angebote geschlossen, allein schon durch die Allgemeinverfügung des Freistaats Bayern. Auch hier werden alternative Aktivitäten wie digitale Jugendarbeit und telefonische Kontakte im Rahmen der normalen Öffnungszeiten angeboten. So besteht auch die Möglichkeit, Kontakt zu den Einrichtungen zu suchen oder zu halten.

Zu den Fragen von Ihnen, Frau Wolf, zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen, kann ich Ihnen mit Stand 27.04.2020 für die städtischen Unterkünfte im Flüchtlingsbereich und den Wohnungslosenbereich grobe Zahlen nennen - für die staatlichen nicht, weil uns diese Zahlen nicht vorliegen. Wir haben im gesamten Bereich Flüchtlinge/Wohnungslose etwa 300 Covid-Verdachtsfälle. Erstaunlich ist die Entwicklung im Bereich der Wohnungslosigkeit. Dort ist die Zahl der Verdachtsfälle in den letzten Wochen auf Null zurückgegangen. Die Zahl der Infektionen im Bereich Flüchtlinge und Wohnungslose bewegt sich insgesamt im unteren zweistelligen Bereich.

Im Moment haben wir fünf teilweise gesperrte Unterkünfte, in denen es zum Teil eine Quarantäne gibt. Meines Wissens ist eine Einrichtung komplett geschlossen. Was die Quarantäne betrifft, hat der Freistaat die Funkkaserne und die Pfälzer-Wald-Straße als Quarantäne-Rückfallebene. Wir haben für den städtischen Wohnungslosen- und Flüchtlingsbereich das Hotel Palladium, den 5. Stock des Hauses in der Hofmannstraße sowie die Ottobrunner Straße. Wir versuchen, in den Einrichtungen auch Quarantänebereiche für Einzelfälle einzurichten.

Für vulnerable Personengruppen mit Vorerkrankungen aus dem Wohnungslosen- oder Flüchtlingsbereich haben wir das Haus International, in dem wir Personen aus diesen Bereichen unterbringen können. Wir haben den Kälteschutz. Ich habe in der vergangenen Sitzung schon berichtet, dass wir nun ganztägig geöffnet und eine Versorgung mit Essen haben. Wir haben versucht, die Familien aus dem Kälteschutz möglichst herauszuverlegen, damit sie im Fall einer Quarantäne nicht eingesperrt sind. Die Anlaufstellen „Schiller 25“, „Otto & Rosi“ sowie die Teestube sind weiterhin für die Obdachlosen offen und leisten eine wertvolle Arbeit.

Herr Schäuble hat angesprochen, wo bei den Testungen die Grenzen erreicht sind. Die Erfahrungen im Bereich Wohnungslosen- und Flüchtlingsunterkünften mit Verdachtsfällen sind so, dass die Testungen stattfinden, auch Testungen der Kontaktpersonen. Wir kommen in der Regel an

Schutzausrüstung heran. Unter dem Strich sind es den Umständen entsprechende normale Zustände.

OB Reiter:

Zum Thema Arbeitsschutz: Natürlich haben wir uns im SAE zum Thema Arbeitsschutz unserer Kolleg\*innen Gedanken gemacht. Wo der Parteiverkehr stattfindet, sind die Referent\*innen sensibilisiert, alles zu tun, was notwendig ist - bis hin zu Plexiglasabdeckungen. Wir werden alle städtischen Mitarbeiter\*innen mit Stoffmasken versorgen. Ich gehe davon aus, dass dies in der nächsten, spätestens in der übernächsten Woche geschehen wird. Somit haben wir das getan, was man von uns als Arbeitgeber erwarten kann. Ich glaube, das stand als Frage im Raum.

Abschließend noch ein Satz zur Wiesn: Es bestand ein hoher Zeitdruck bei der Entscheidung - sowohl politisch als auch tatsächlich. Mehrere Beschicker der Wiesn haben mich kontaktiert und darauf hingewiesen, dass sie jetzt normalerweise Verträge für Personal, das zu akquirieren ist, abschließen müssten und für jeden Tag, an dem die Entscheidung früher getroffen wird, dankbar sind. Ich hätte kein Problem gehabt, darüber mit dem Stadtrat zu diskutieren, um dann zu 99,9 % zu derselben Entscheidung zu kommen. Es war keine Missachtung des Stadtrats. Die Entscheidung musste auf die Schnelle getroffen werden.

Ich habe nach außen dokumentiert, dass ich diese Entscheidung nicht allein getroffen habe. Der Zeitdruck war vorhanden. Deswegen bitte ich um Nachsicht. Die Diskussion über das Thema Wiesn hätten wir relativ kurz abhandeln können. Ich greife das gerne auf, kann aber nur sagen, mein Interesse war es nicht. Ich hätte die Entscheidung lieber zusammen mit dem Stadtrat geklärt. Aber der Zeitdruck war groß.

Ansonsten sind jetzt alle Fragen beantwortet. Ich bedanke mich bei den Kolleg\*innen, nicht nur für den Bericht, sondern insbesondere für den nahezu täglichen Einsatz im Krisenstab und in ihren Büros. Ich glaube, wir sind in München nach wie vor gut aufgestellt und können einigermaßen beruhigt in die nächsten Wochen blicken, soweit man das in der jetzigen Situation überhaupt abschätzen kann.

Was die Zukunft bringt, mögen Sie immer den täglichen, zwei- oder dreitäglichen Pressekonferenzen des Ministerpräsidenten entnehmen. Es ist ein ständiger Wechsel. Ich habe vorhin mit ihm telefoniert, weil ich eine Frage zum Thema Tiergarten gestellt habe. Bei uns heißen sie Tierparks. Er

nimmt die Frage mit und diskutiert sie mit den anderen Ministerpräsident\*innen. Auch dazu wird es in der nächsten Woche eine Entscheidung geben.

Problematischer ist aus seiner Sicht die Entscheidung zum Thema Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Ich teile seine Sicht zu hundert Prozent. Ich bekomme Post mit diametral entgegengesetzten Richtungen. Ich erhalte Post von aufgebrachtten Eltern mit dem Hinweis, ihr werdet doch nicht ernsthaft daran denken, die Schulen oder die Kinderbetreuungseinrichtungen wieder zu öffnen. Ich bekomme auch zig Schreiben von Eltern, die genau das Gegenteil verlangen. Das heißt, die Politik muss irgendwann eine Entscheidung treffen. Herr Söder und ich sind keine Ärzte. Wir verlassen uns notgedrungen mehr oder weniger auf die Ratschläge des ärztlichen Fachpersonals. Daher bleibt uns nichts anderes übrig, als auf Sicht zu fahren, was ich in der Politik aber sehr ungern mache. Aber in dem Fall sehe ich kaum eine andere Lösung. Insbesondere wenn sich die maßgeblichen Fachleute im Tagesrhythmus widersprechen, macht es die Entscheidung nicht einfacher. Es ist auch nicht akzeptanzsteigernd, wenn wir an einem Tag von einer Maskenpflicht auf Märkten lesen und am nächsten Tag sagen, dass es nicht so gemeint war. So etwas kommt bei der Bevölkerung nicht gut an. Da sollten wir insgesamt etwas professioneller werden. Ich sage ausdrücklich „wir“, fühle aber keine wirkliche Schuld bei dem Vorgang.

Wir werden Sie weiter auf dem Laufenden halten. Ich glaube, es ist eine gute Vorgehensweise, dass Ihnen der Leiter des SAE weiterhin telefonisch im Rahmen einer Videokonferenz die aktuellen Nachrichten übermittelt. Ich darf die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beenden und bedanke mich für die Aufmerksamkeit und die intensive Debatte.

Der mündliche Vortrag wird **zur Kenntnis genommen**.

## **Corona-Virus SARS-CoV-2**

- **Kurzarbeit bei städtischen Gesellschaften;**
- **Zuschussempfänger;**
- **Honorarkräfte;**
- **Dienstleister**

Aktensammlung Seite 3213

### StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine Nachfrage. In der Vorlage ist nur von Beteiligungsgesellschaften die Rede, nicht von Eigenbetrieben. Betrifft das nicht auch einige unsere Eigenbetriebe? Der Abfallwirtschaftsbetrieb und auch andere sind geradezu hoch ausgelastet, aber andere sind durchaus in der Situation. Deshalb hätte ich dazu gern nähere Informationen.

### OB Reiter:

Das Thema Kurzarbeit hat Herr Dr. Dietrich dankenswerterweise bereits in seiner anderen Funktion diskutiert, deshalb kann er auch zu den Eigenbetrieben am ehesten etwas sagen. Das hängt nicht so sehr an der Rechtsform, sondern an der Tätigkeit der Damen und Herren.

### Bfm. StR Dr. Dietrich:

Es gibt seit Mitte April den sogenannten TVöD-Covid19, der grundsätzlich die Rahmenbedingungen für Kurzarbeit im kommunalen Sektor regelt. Er wurde zwischen der VKA auf Arbeitgeberseite und ver.di und der dbb Tarifunion abgeschlossen. Der Tarifvertrag bezieht Eigenbetriebe ausdrücklich mit ein. Es wäre also möglich, auch in Eigenbetrieben Kurzarbeit zu machen.

Von der Zielrichtung des Tarifvertrags ausgeschlossen ist die sogenannte Kernverwaltung, also alles, was in den behördlichen Bereich fällt. Auch der Sozial- und der Erziehungsdienst sind nach einer Protokollnotiz zwar nicht komplett ausgenommen, aber nicht von der Zielrichtung umfasst. Deshalb haben wir derzeit nur bei den Tochtergesellschaften das Thema Kurzarbeit, bei den Eigenbetrieben noch nicht.

Stellv. Referent Groth:

Ich möchte dem Wunsch der Wohlfahrtsverbände nachkommen, die Vorlage, in der wir nur den Zuschussbereich im Kontext Kurzarbeit dargestellt haben, zu ergänzen. Es gibt noch Fragen zu den entgeltfinanzierten stationären und teilstationären Einrichtungen. Das sind ein paar Hundert in München, insofern besteht in der Tat Klärungsbedarf.

Die Handhabung ergibt sich aus dem Gesetz und ist deshalb relativ einfach. Es gibt zwei Fallkonstellationen: Wenn eine Einrichtung durch eine behördliche Anordnung komplett geschlossen werden muss, muss Kurzarbeitergeld beantragt werden. Wir können aber den Differenzbetrag, also den sogenannten Aufstockungsbetrag, über Nachverhandlungen in der Entgeltkommission rückwirkend verändern und den Tagessatz anheben, um einen Ausgleich zu schaffen.

Wenn einzelne Plätze nicht belegt werden können, weil die Jugendlichen z. B. zur Behandlung in die Klinik müssen, und der Platz leer bleibt, gilt das Übliche. Da gibt es ein sogenanntes Abwesenheitsentgelt wegen Platzfreihaltung. Das kommt den Trägern selbstverständlich auch in der Corona-Zeit zu. Wir haben im Bereich der Entgelte also eine ähnliche Handhabe wie im Bereich des Zuschusses.

Bfm. StR Biebl:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich vertrete einen Eigenbetrieb: die Münchner Kammerspiele. Dort stehen wir vor besonderen Schwierigkeiten. Bei den Münchner Kammerspielen hätten wir die Möglichkeit, Kurzarbeit einzuführen, was aktuell überprüft und verhandelt wird. Wir stehen aber auch vor einem Intendantenwechsel. Der bisherige Intendant würde seine letzten drei Inszenierungen gern endproben, die neue Intendantin würde gern mit den Proben beginnen. Das ist der Zwiespalt, den wir haben. Die Grundsätze sind da.

Die Volkshochschule hat die Kurzarbeit bereits umgesetzt. Das ist aber eine eigene GmbH.

Noch zwei Punkte zum Thema Bibliotheken und Museen. Hier wird unterschiedlich verfahren. Bibliotheken werden als Freizeitveranstaltungen angesehen und nicht als wissenschaftliche Institutionen. Da hat man die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Uns bleibt also nur die Möglichkeit, an den Verordnungsgeber zu appellieren.

Auch die Museen würden wir gerne öffnen, dürfen aber nicht. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Wir haben für alle Häuser Hygienekonzepte erarbeitet und mit dem Gesundheitsreferat und

dem KVR abgestimmt. Wir sind auf die Öffnung vorbereitet, haben aber leider bis 10. Mai wieder keine Perspektive, ob wir öffnen können oder nicht. Danke.

OB Reiter:

Vielen Dank. Auch darüber wird sicherlich sehr deutlich diskutiert werden. Es geht jetzt immer öfter um die Frage, warum die eine Einrichtung geöffnet hat und die andere nicht. Inzwischen dürfte bei den geschätzten Ministerpräsident\*innen angekommen sein, dass diese Frage irgendwann kongruent und nachvollziehbar beantwortet werden muss. Gerade machen sie sich aber mehr Gedanken über die Themen Bildung und Kinderbetreuung.

StR Weisenburger:

Noch eine Rückfrage an Herrn Groth wegen der entgeltfinanzierten Einrichtungen und Angebotsformen: Braucht es Ihrer Meinung nach hier noch einen Stadtratsbeschluss für die Weiterfinanzierung oder funktioniert das automatisch?

Stellv. Referent Groth:

Das funktioniert automatisch. Wie ich vorhin bereits erwähnt habe, ist das gesetzlich bereits verankert. Deshalb brauchen wir keinen gesonderten Stadtratsbeschluss.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

**Änderung der Satzung für die Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München  
(Bezirksausschusssatzung) aufgrund der Corona-Pandemie;  
Bildung von Sonderausschüssen durch die Bezirksausschüsse**

Aktensammlung Seite 3215

StR Wackermann:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der Diskussion in den BA-Fraktionen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Wir unterstützen die Sonderausschüsse der Bezirksausschüsse natürlich. Diese Sonderausschüsse dürfen die Bildung von vorbereitenden Unterausschüssen aber nicht verhindern. Deshalb freuen wir uns sehr, dass die Satzung entsprechend ergänzt wurde, und können dem Antrag der Referentin nun zustimmen.

StRin Hanusch:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir teilen die Ansicht, dass es sinnvoll ist, sich auf diese Eventualitäten vorzubereiten. Es ist schwierig, Räume zu finden. Wir wissen nicht genau, wie sich alles entwickelt. Diese Vorlage verursacht aber eine gewisse Unruhe in den Bezirksausschüssen, weil unklar ist, wie man im Einzelnen vorgehen kann. Die Unterausschüsse definitiv auszunehmen, ist schon einmal sehr gut. Die sind normalerweise kleiner und lassen sich anders organisieren.

Natürlich lässt sich bei diesen auch abwägen, ob sie jeweils unbedingt notwendig sind oder sich virtuell ersetzen lassen. Das haben wir auch schon ausprobiert. Für den Bauausschuss ist es sinnvoll, sich in Ruhe an den Plänen vorbesprechen zu können. Es gibt also Fälle, die durch diese Änderung schon abgedeckt sind.

Bei der Einrichtung des Sonderausschusses bitte ich darum, klarzustellen, welche formalen Möglichkeiten es jeweils für den Ablauf gibt. Ich glaube, auf der Tagesordnung der konstituierenden Sitzung der meisten Bezirksausschüsse steht, dass er gebildet werden kann. Anscheinend lässt sich das auch nicht anders fassen. Wenn er dort beschlossen wird, ist das aber erst einmal bindend und kann nicht mehr geändert werden, selbst wenn man noch einen Raum findet. Nur eine zusätzlich einberufene Vollversammlung kann das aufheben.

Ich möchte darum bitten, dass die Geschäftsstelle den Bezirksausschüssen noch einmal aufzeigt, wie die unterschiedlichen Sitzungen ablaufen, damit man das vielleicht im Juni noch durchführt.

Für Juli kann man dann noch einen Sonderausschuss bilden. Den Bezirksausschüssen sollte schriftlich erklärt werden, welche Varianten möglich sind.

Meinen Rückmeldungen zufolge sind die meisten grundsätzlich der Ansicht, dass es gerade in dieser neuen Phase besser wäre, gleich von Anfang an normale Sitzungen abhalten zu können. Ich möchte eine Bitte an das RBS, das die Turnhallen verwaltet, aber vielleicht auch an das Sozial- und Kulturreferat sowie die Kulturbürgerhäuser richten. Manchmal tagen wir auch in Alten- und Servicezentren. Ich weiß nicht, ob man schon eine Perspektive absehen kann, dort oder in der Volkshochschule Räume zu bekommen, oder ob Sie das bis Juli definitiv ausschließen können. Für die Bezirksausschüsse wäre wichtig, die Spielräume zu kennen, um die entsprechenden Entscheidungen treffen zu können.

OB Reiter:

Vielen Dank. Ich kann Ihnen versichern, die Bezirksausschussabteilung hat das im Griff. Ich habe gerade mit ihnen vereinbart, die Bezirksausschüsse noch einmal anzuschreiben. Natürlich suchen wir die entsprechenden Räume, wo es geht. Danke für den sachdienlichen Hinweis zum Thema Ausnahme von Unterausschüssen. Wir haben das gern aufgenommen.

Der modifizierte Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**Konzeptausschreibung für das Grundstück Görzer Straße 128,  
Flst. 880/0 Gemarkung Perlach  
Festlegung der Ausschreibungskriterien für Baugemeinschaften  
16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach**

Aktensammlung Seite 3223

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um ein sogenanntes Kleinstgrundstück. Im Kommunalausschuss war es ursprünglich für eine Ausschreibung zum Verkauf im München Modell Eigentum vorgesehen. Das haben wir damals abgelehnt. Jetzt vertreten wir die Position, lieber in Erbpacht zu vergeben, statt Grundstücke zu verkaufen. Außerdem wollen wir uns vom München Modell Eigentum verabschieden und das Grundstück deshalb gern im München Modell Genossenschaft vergeben.

Für das Planungsreferat würde das natürlich bedeuten, das noch einmal anpassen zu müssen. Wir haben versucht, das formal in dem Änderungsantrag möglichst gut hinzubekommen: Die ersten Ziffern, die sich auf die Baugemeinschaften beziehen, entfallen. Wir würden aber gern versuchen, einige wichtige Punkte zur Energie und auch die grundsätzlichen Auswahlkriterien schon heute zu beschließen.

Es ist ein kleines Grundstück, aber wir haben eine breit aufgestellte Genossenschaftsszene, in der es auch neue Akteure und Interessent\*innen gibt. Deshalb bitten wir um Zustimmung. Danke.

- BM Pretzl übernimmt den Vorsitz. -

StR Podiuk:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Hier handelt es sich tatsächlich um einen wohnungspolitischen Befreiungsschlag! Wir sprechen von zwischen drei und fünf Wohnungen. Das ist ein Doppelhaus. Der Stadtrat hat 2019 beschlossen, drei Grundstücke auszuschreiben. Zwei davon sind bereits ausgeschrieben. Dies ist das dritte.

Frau Hanusch, die Grünen und Eigentum werden wahrscheinlich nie sehr gut zusammengehen. Dafür habe ich durchaus Verständnis. Sie haben da keine großen Zuneigungen. Politisch verstehe

ich das ausdrücklich. In der Praxis bedeutet das allerdings, dass Sie eine Baugenossenschaft finden müssen. Wenn ich mich daran erinnere, wie die Baugenossenschaften auch bei uns in Freiham gejammert haben, die Grundstücke seien zu teuer, ist mir allerdings auch klar: Drei oder fünf Wohnungen durch eine Baugenossenschaft bauen zu lassen, wird eine sehr interessante Geschichte. Vielleicht finden wir ja irgendjemanden.

Ich würde sagen, ab 02. Mai kann das alles so laufen. Dann ist es halt so und des Wählers Wille geschehe. Heute sollten wir uns allerdings noch an den Beschluss des Stadtrats von 2019 halten.  
- (Beifall der CSU)

StRin Wolf:

Kolleginnen und Kollegen, Frau Hanusch! Ich sympathisiere natürlich mit diesem Antrag, wenn auch mit einem Unterschied: Bisher haben wir gesagt, Genossenschaften können wählen, ob sie ein Grundstück in Erbpacht übernehmen oder es erwerben möchten. Es gibt auch große Genossenschaften, z. B. die Eisenbahnergenossenschaften, die bei Ablauf der Erbpacht große Probleme bekommen, weil die Politik gewechselt hat oder sie die Liegenschaften zum Verkehrswert ankaufen sollen.

Das möchte ich bei diesem wirklich kleinen und schwierigen Projekt verhindern. Herr Podiuk hat recht, es wäre für eine Genossenschaft schon eine Herausforderung, auf einem so kleinen Grundstück bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb würde ich vorschlagen, den Genossenschaften weiterhin die Wahl zu lassen und in Ziffer 2 nicht explizit die Verpachtung vorauszusetzen. Das wäre mein kleiner Änderungswunsch.

BM Pretzl:

Habe ich das richtig verstanden, Frau Wolf? Genossenschaft ja, aber doch Eigentum?

StRin Wolf:

Im Moment können die Genossenschaften selbst entscheiden.

BM Pretzl:

Übernehmen die Grünen diesen Vorschlag? Nein.

Der Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird zifferweise abgestimmt wie folgt:  
Ziffer 1 neu wird mit 5 Stimmen der SPD, 3 Stimmen von Die Grünen - rosa liste und 1 Stimme von DIE LINKE. und gegen 5 Stimmen der CSU, 2 Stimmen der FDP und die Stimme von BM Pretzl **beschlossen**.

Die restlichen Ziffern werden mit 5 Stimmen der SPD, 3 Stimmen von Die Grünen - rosa liste und 1 Stimme von DIE LINKE. und gegen 5 Stimmen der CSU, 2 Stimmen der FDP und die Stimme von BM Pretzl **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der entsprechend modifizierte Antrag der Referentin gegen die Stimmen der CSU und der FDP mit 9:8 Stimmen **beschlossen**.

## **Wohnbebauung über Parkplätzen**

### **Diverse Stadtrats- und BA-Anträge**

Aktensammlung Seite 3225

#### StR Podiuk:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es geht mir um einen Einzelpunkt in dem Teilbereich Studentenstadt. Nach Ansicht des Planungsreferats könnte man auch eine größere Fläche überplanen. Der Bezirksausschuss möchte die Grünflächen in die Überlegung einbeziehen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Diesen Wunsch würden wir gern festklopfen und das Referat beauftragen, den gegenüberliegenden Bereich östlich bis zur Bestandswohnbebauung der Studentenstadt in die Planung aufzunehmen.

#### StRin Hanusch:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst noch einmal eine grundsätzliche Anmerkung: Wir teilen natürlich das Anliegen, auf möglichen städtischen Flächen Wohnraum zu schaffen. Parkplätze eignen sich hierzu immer ganz gut. Im Flächennutzungsplan sind einige dieser Parkplätze aber grundsätzlich Grünflächen. Das macht es für uns schwierig, denn Grünflächen wollen wir eigentlich nicht überbauen.

Wenn solche Projekte eine Verbesserung bedeuten, wie z. B. am Reinmarplatz, kann man sie sich durchaus vorstellen. Dann ist aber unser Ziel, die Parkplätze, die darunter erhalten bleiben, möglichst zu reduzieren, manchmal vielleicht sukzessive, und eine Entsiegelung zu erreichen.

Wir werden zeitnah eine Anfrage stellen, wie viele der städtischen Grünflächen im Augenblick mehr oder weniger als Parkplätze zweckentfremdet werden, um einen Überblick zu bekommen.

Zu dem Änderungsantrag zur Studentenstadt: Grundsätzlich ist es nicht verkehrt, den Umgriff ein bisschen weiter zu fassen. In der gegebenen Formulierung ist mir allerdings nicht ganz klar, wie weit das gehen soll. Wenn es dabei hauptsächlich um eine Grünfläche geht, sehen wir die Sache natürlich eher kritisch. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist der Bereich durch eine Schneise von der Straße getrennt. Ich möchte das Planungsreferat bitten zu erläutern, was genau gemeint ist und ob schon überlegt wurde, ob das sinnvoll erscheint oder nicht.

StRin Rieke:

Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist es sinnvoll, im Umfeld liegende Flächen in solche Bebauungsplanverfahren einzubeziehen. Ich habe mir das aber eben noch einmal im Luftbild angeschaut. Es wirkt, als seien die Bereiche durch die U-Bahn und die Straße getrennt. In dem östlichen Bereich gibt es letztendlich einen relativ kleinen Parkplatz, der vermutlich auch noch pflichtige Stellplätze hat - so identifiziere ich das jedenfalls. Bevor man dem zustimmt, wäre insofern auch meine Frage ans Planungsreferat, ob das sinnvoll ist. Gegebenenfalls müsste man den Antrag als Prüfauftrag werten. Danke schön.

StBRin Prof. Merk:

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schlage vor, den Antrag als Prüfauftrag zu übernehmen. Es gab sicherlich einen Grund, warum wir diesen Bereich nicht sofort per se einbezogen haben. Andererseits geht es hier nicht um eine §34-Genehmigung, sondern um ein Verfahren, das wir in einem größeren Zusammenhang bewerten wollen. Wir haben noch keinen beschlossenen Umgriff. Wenn das grundsätzlich beschlossen wird, werden wir uns im Weiteren ohnehin damit beschäftigen. Es gibt wahrscheinlich viele Fragen hinsichtlich der heutigen Stellplätze und der Verknüpfungen mit dem umgebenden Bereich. Ich würde das als Prüfauftrag übernehmen und im weiteren Verfahren noch einmal abklopfen.

BM Pretzl:

Die CSU-Fraktion ist mit der Übernahme des Änderungsantrags als Prüfauftrag einverstanden.

Der entsprechend modifizierte Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**Stadt setzt ein Zeichen mit zukunftsweisendem Verwaltungszentrum  
im neuen Hauptbahnhof  
Antrag Nr. 5478 von Die Grünen - rosa liste vom 07.06.2019**

Aktensammlung Seite 3231

StRin Hanusch:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass am Hauptbahnhof auch ein Platz für die Verwaltung gefunden werden soll. Wir würden allerdings gern auch noch das Welcome-Center in der Umgebung des Hauptbahnhofs unterbringen. Deshalb wüssten wir gern, ob es schon Ideen für einen Standort gibt und ob das in den Verhandlungen mitgedacht wird.

StBRin Prof. Dr. (I) Merk:

Hier geht es um den Bereich Starnberger Flügelbahnhof. Dort gibt es einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Wenn man in der Verfahrensschiene bleibt, ist deshalb nicht mehr alles offen. Es gibt auch schon Vertragsverhandlungen. Im Rahmen dieser Vertragsverhandlungen würde dann z. B. das Kommunalreferat über mögliche Gewerbeanmietungsmodelle verhandeln, aber nicht über eine vollkommen neue Programmatik für dieses Gebäude.

Aber der Hauptbahnhof ist insgesamt sehr groß und es gibt viele Themen - Fahrradparkhaus usw. -, mit denen wir uns noch im Detail beschäftigen müssen. Ich nehme die Frage mit und werde sie schriftlich oder in einem Beratergremium, das wir vor dem Sommer vielleicht auch virtuell schalten, beantworten.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**Wohnraumbewirtschaftung der Landeshauptstadt München**  
**Bericht zu Wohnungsleerständen zum 31.12.2019**  
**Entwicklung der Wohnungsleerstände seit dem 01.01.2019**  
**Vollzug des Beschlusses der Vollversammlung des Stadtrates**  
**vom 18.12.2013**  
**Wohnraumbewirtschaftung der Landeshauptstadt München**

Aktensammlung Seite 3233

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Bei der Durchsicht der Vorlage ist mir auf den Seiten 3 und 4 etwas aufgefallen: Da heißt es einmal, tatsächlich seien 54 leere Wohnungen entfallen, 199 seien geplant gewesen. Auf Seite 4 steht, es werde nur um 57 Wohnungen vom Plan abgewichen. Das passt aus meiner Sicht nicht zusammen, denn 199 minus 54 sind nicht 57, sondern 145. Da erscheint mir die Konsistenz der Vorlage sehr schwach und ich möchte um Klärung bitten.

StBRin Prof. Merk:

Nachdem ich heute allein hier sitze, kann ich Ihnen das nicht schön vorrechnen. Aber wenn es in Ordnung ist, nehme ich die Frage mit und beantworte sie schriftlich. Das tut mir leid, aber ich möchte nicht irgendetwas erfinden. Meistens hat so etwas komplizierte Gründe, z. B. dass in verschiedenen Tabellen und verschiedenen Statistiken irgendetwas gegeneinander betrachtet wird. Vielleicht ist es aber tatsächlich ein Fehler. Ich lasse die Antwort allen Fraktionen zukommen, damit alle auf dem gleichen Stand sind.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

## **Finanzierung der Neuerrichtung einer Flüchtlingsunterkunft an der Tischlerstraße 30 als Erweiterung der bestehenden Gemeinschaftsunterkunft**

### **19. Stadtbezirk Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln**

#### **Änderung des MIP 2019 - 2023**

Aktensammlung Seite 3237

#### StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Beim Durchlesen der Vorlage ist uns aufgefallen, dass das Gebäude 13 Jahren stehen soll. Grundsätzlich sollte man Gebäude längerfristig nutzen. Gerade Gebäude in Modularbausystemen kann man im Zweifel auch versetzen.

Deshalb haben wir einen Änderungsantrag formuliert, im weiteren Verfahren eine ergänzte Variante, die längerfristig nutzbar und möglicherweise versetzbar ist, zu prüfen. Außerdem sollte ein höherer Energiestandard angestrebt werden. Die Aussage, das sei aufgrund der befristeten Standzeit nicht sinnvoll, hat uns nicht erfreut.

#### Bfm. StRin Frank:

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich den Sachstand zum durchaus bedenkenswerten Antrag der Grünen wiedergeben: Bei der Ausschreibung und allem Weiteren sind wir eigentlich „ready to go“. Alles liegt fertig auf dem Tisch, und wir könnten es morgen ins weitere Verfahren bringen. Wir haben einen Holzmodulbau mit Pellet-Heizung im KfW-40-Standard vorgesehen. Das ist ein sehr guter Standard.

Die Pop-up-Dorms, die auch in Wien verwendet werden, haben Passivhaus-Standard. Dazwischen liegt ein kleiner Unterschied. Wenn wir die Ausschreibung und alles Weitere ändern müssten, würde das einen Zeitverlust von mindestens sechs Monaten bedeuten. Außerdem bewegen wir uns auf einem sehr eingeschränkten Markt für Pop-up-Dorms, da es noch nicht viele Hersteller gibt. Die Wahrscheinlichkeit einer Verteuerung ist aufgrund des Zeitverzugs, des eingeschränkten Markts und des etwas höheren Standards durchaus valide. Wir müssten mit der Regierung von Oberbayern nachverhandeln, die über die Miete für die Umbaukosten aufkommt. Auch das könnte einen zusätzlichen Zeitverzug bedeuten.

In diesem Fall würde ich von dieser grundsätzlichen Idee abraten, obwohl ich sie sehr schätze und für weitere Unterkünfte mitnehmen würde. Aber angesichts der angespannten Haushaltslage der Stadt und des guten Standards würde sie die Dinge nachhaltig verkomplizieren.

StRin Hanusch:

Es war nicht unser Ziel, die Ausschreibung zu verzögern. Sie haben den Standard über den Text der Beschlussvorlage hinaus erläutert. Deshalb verzichten wir auf unseren Änderungsantrag und nehmen gerne mit, dass das Thema bei den nächsten Unterkünften intensiver bearbeitet wird.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

OB Reiter:

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich etwas sagen: Lieber Herr Dr. Glaser, Sie haben das Glück, morgen Ihren letzten Arbeitstag zu haben. Ich wünsche Ihnen alles Gute und bedanke mich herzlich für die Jahre, in denen ich Sie in einer nicht immer einfachen Funktion erleben durfte. Sie mussten allen die rechtliche Situation klarmachen und darauf hinweisen, dass sich der Stadtrat trotzdem anders entscheiden kann. Aus meiner Sicht haben Sie das immer sehr eloquent hinbekommen. Das eine oder andere Mal hat der Stadtrat anders entschieden, aber das sollte Ihrer Qualifikation keinen Abbruch tun.

Ich bedanke mich für die lange Zeit, in der Sie bei der Stadt gearbeitet haben, und wünsche Ihnen alles Gute. Schädigen Sie die Stadt im Rahmen Ihrer Rente oder Pension, solange Sie können! Bleiben Sie gesund und alles Gute für Sie! - (Allgemeiner Beifall)

Herr Dr. Glaser:

Herr Oberbürgermeister, vielen Dank für Ihre freundlichen Worte! Mir ist etwas wehmütig zumute - auch wenn ich den Stadtrat anschau, den ich in ganz anderer Besetzung kenne. Es wird sicher wieder anders werden. Die Zeiten im Stadtrat waren immer interessant, manchmal spannend, aber insgesamt war es eine schöne Zeit.

Ich bin wehmütig, weil Ruhestand bedeutet, ein gewisses Alter erreicht zu haben. Ich denke gern zurück und werde der Stadt München verbunden bleiben. Dank des Livestreams muss ich nicht auf der Zuschauertribüne sitzen und werde verfolgen, was in den nächsten Jahren passiert. Hoffentlich kann der Stadtrat dann wieder mit allen 80 Mitgliedern tagen. Nochmals vielen Dank und alles Gute für die Stadt München und für Sie! - (Allgemeiner Beifall)

**Versorgung wohnungsloser Haushalte****an den Standorten Hohenzollernplatz 7, 80796 München, Dantestraße 18, 80637 München****Flexi-Wohnheime für junge Menschen als Ergänzung des Hilfesystems****Antrag Nr. 6632 der SPD-Fraktion vom 30.01.2020**

Aktensammlung Seite 3245

StR Podiuk:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Wir werden dem Antrag zustimmen, hätten allerdings gerne eine Änderung: Das Objekt Hohenzollernplatz 7 soll ausschließlich für Pflegekräfte aus den umliegenden Kliniken und aus dem Münchenstift zur Verfügung gestellt werden. Dies ist eine einmalige Möglichkeit. Ich entnehme den Zeitungen, Arbeitgeber\*innen sollen verstärkt für Dienstwohnungen sorgen. Wir sollten versuchen, diese Situation für die Pflegekräfte auszunutzen. Für andere Zwecke bleibt noch das Gebäude in der Dantestraße.

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie dringend, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen. Wer die Wohnungslosenstatistik und die heutigen Diskussionen zum Thema Corona verfolgt hat, weiß vom dringenden Bedarf, vernünftigen Wohnraum für diese Gruppen anzumieten. Das erschließt sich von selbst, wenn Sie sehen, wer dort untergebracht werden soll.

Ich finde es ein bisschen schwierig, von den umliegenden Kliniken zu sprechen. Für das Personal im Münchenstift sind wir im Wesentlichen damit befasst, entsprechenden Wohnraum in eigenen Gebäuden zu finden. „Kliniken“ ist ein weiter Begriff: Für Privatkliniken ist die Stadt München nicht zuständig. Der Freistaat Bayern hat in seiner großen Güte in den letzten Jahren nicht übermäßig viel getan, um die Kliniken des Freistaats mit Personalwohnungen auszustatten. Beim Klinikum München wäre es schwierig, genau dieses Objekt zu nehmen, dessen Finanzierung bereits verhandelt wurde. Wir müssten die komplette Vorlage ändern und könnten sie heute nicht beschließen.

Angesichts der Rahmenbedingungen bitte ich dringend darum, das Gebäude möglichst schnell den von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen zur Verfügung zu stellen. Für diese Zwecke wird es dringend benötigt. Wir haben überhaupt keinen Platz in den Unterkünften und diskutieren

ständig darüber, wie wir angesichts der Pandemie mit diesen Menschen umgehen können. Wir werden uns keine neuen Hotelanmietungen leisten können. Es liegt auf der Hand, dass auch diese Maßnahme nicht kostenfrei sein wird. Alle weiteren Ausführungen zu diesem Thema wurden bereits zu Beginn der Sitzung gemacht. Vielen Dank!

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister! Ich habe eingangs darum gebeten, etwas zu den Kosten sagen zu dürfen. Das kann ich nur im nichtöffentlichen Teil tun. Deshalb bitte ich, den Antrag der Referentin nach dem nichtöffentlichen Teil zur Abstimmung zu stellen.

OB Reiter:

Wenn Sie einverstanden sind, gehen wir kurz in nichtöffentliche Sitzung und stimmen danach ab. Dafür müssten wir die Öffentlichkeit wieder herstellen. Ich möchte Ihren Wunsch auf keinen Fall verhehlen... Jetzt hätte ich beinahe etwas gesagt... - (Zuruf StR Dr. Mattar) - Deswegen springen wir kurz hin und her. Der Aufwand wird überschaubar sein.

Bfm. StRin Frank:

Wir haben die Verwaltungsmitarbeiter\*innen für den nichtöffentlichen Teil noch nicht bestellt. Sollte es um Details gehen, können wir sie nicht so schnell hierherbeamten. Je nachdem, wie detailliert die Fragen sind, müssten wir später in nichtöffentlicher Sitzung darüber sprechen. Aus diesem Grund würde sich eher die ursprüngliche Gangart anbieten. Ich kann aber auch versuchen, die Fragen zu beantworten.

OB Reiter:

Danke für den Hinweis! Vielleicht können sich die Kolleg\*innen auf den Weg machen. Ich weiß nicht, wie detailscharf die Fragen sein werden. Zur Not werden sie schriftlich beantwortet.

Beides hat seine Berechtigung. Deswegen ist es wenig sinnvoll, die eine Personengruppe mit der anderen zu vergleichen oder sie gegeneinander auszuspielen. Beides brauchen wir und haben es im Blick. Wir haben Vorlagen in petto, in denen es darum geht, die Berufsgruppen zu versorgen, die Sie in Ihrem Änderungsantrag bedenken wollen. Wir haben eine Mangelsituation und müssen daher die Vorlagen der Reihe nach dem Stadtrat vorlegen. Wir müssen beide Gruppen künftig verstärkt mit Wohnraum versorgen. Deswegen macht es keinen Sinn, jeweils gegenläufige Änderungsanträge zu stellen. Über diese Vorlage stimmen wir nach der nichtöffentlichen Sitzung ab.

- Die Abstimmung findet im Anschluss an die nichtöffentliche Sitzung von 12:31 bis 12:34 Uhr statt. -

Der Änderungsantrag der CSU wird gegen die Stimmen  
der Antragsteller **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird mit den Stimmen  
der SPD, von Die Grünen - rosa liste und DIE LINKE. **beschlossen**.

**Verlängerung des Maßnahmenpakets des Sozialreferats gegen die SARS-CoV-2-Pandemie  
Bekanntgabe der Dringlichen Anordnung des Oberbürgermeisters vom 20.03.2020**

Aktensammlung Seite 3247

StR Weisenburger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns hat eine kurze Nachfrage erreicht:  
Wie kann der Internet-Zugang in den Unterkünften und Einrichtungen für Bewohner\*innen im ganz-  
tägigen Kälteschutz wiederhergestellt werden?

Stellv. Referent Groth:

Da muss ich passen. Die Antwort werde ich schriftlich nachreichen oder mich telefonisch bei Ihnen melden.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**Schutzmasken in städtischen Kindertageseinrichtungen**

**Dringlichkeitsantrag Nr. 7025 von Die Grünen - rosa liste vom 27.04.2020**

Aktensammlung Seite 3249

Der Antrag der Referentin wird ohne Aussprache **einstimmig beschlossen**.

**Kritische Finanzlage offen legen****Dringlichkeitsantrag Nr. 7026 der FDP- und BAYERNPARTei-Stadtratsfraktion vom 27.04.2020**

Aktensammlung Seite 3251

StK Frey:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag ist formal gesehen nicht zwingend dringlich. Nichtsdestotrotz haben Sie ein Interesse daran, Informationen über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auf den städtischen Haushalt zu bekommen.

Herr Dr. Mattar, Ihre Anregung, heute über eine Haushaltssperre zu beschließen, ist technisch nicht möglich. Zunächst müsste der im Genehmigungsverfahren befindliche Haushaltsplan 2020 von der Regierung von Oberbayern genehmigt werden. Möglicherweise liegt die Genehmigung inzwischen in meinem Büro. Darauf könnte eine Haushaltssperre aufgesetzt werden. Abgesehen davon müsste der genehmigte Haushalt im Amtsblatt veröffentlicht werden. Erst danach könnten die nächsten Schritte folgen.

Aus diesem Grund soll der neue Stadtrat am 13.05.2020 mit dieser Fragestellung und etwaigen Maßnahmen befasst werden. Herr Dr. Mattar, Sie hatten heute angesprochen, welche Beschlüsse dieser Stadtrat im Hinblick auf die Zukunft fasst. Die derzeit in Abstimmung befindliche Beschlussvorlage für den 13.05.2020 beinhaltet nicht nur Ad-hoc-Maßnahmen, sondern auch von mir vorgeschlagene mittel- bis langfristige Maßnahmen.

Darüber hinaus habe ich vor Kurzem die Vorsitzenden und Sprecher\*innen der Fraktionen informiert, wie sich die derzeitige Lage darstellt. Generell fußt eine Planung auf klaren Prognosen, zu denen wir beispielsweise die Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung heranziehen und daraus unsere Einnahmen ableiten. Oder wir können uns auf die sehr verlässlichen Aussagen von Wirtschaftsforschungsinstituten verlassen. Das ist derzeit nicht der Fall.

Im Bericht des Stabs für außergewöhnliche Ereignisse haben wir gehört, wann welche Ausgangssperre aufgehoben wird und was die möglichen Konsequenzen sein könnten. Diese Planungsun-

sicherheit berührt unser tägliches Leben. Die Umstände dieser Situation müssen wir im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Lage und die Einnahmenseite des Haushalts akzeptieren.

Aus diesem Grund bilden wir drei Szenarien:

Das Base-Case-Szenario fußt auf den Einschätzungen des Sondergutachtens zur Corona-Krise des Sachverständigenrats der Bundesregierung. Gemäß den dort ausgeführten Rückgängen des Bruttoinlandprodukts (BIP) würde sich unsere Einnahmenseite bei der Gewerbesteuer um 600 Mio. € verschlechtern, bei der Einkommenssteuer um 100 Mio. €. Somit ist der ursprünglich geplante Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit von 222 Mio. € heute nicht mehr vorhanden, weil in der Zwischenzeit zwei dringliche Anordnungen kostenwirksam wurden. Außerdem gab es den einen oder anderen Finanzierungsbeschluss.

Wenn ich in diesem Base-Case-Szenario bei ursprünglich geplanten 187 Mio. € Ausgaben die Ausfälle an Steuereinnahmen gegenrechne, wären wir bei einem Defizit von einer knappen halben Milliarde Euro aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Wie gehen wir mit diesem negativen Ergebnis um? Dazu gibt es unterschiedliche Betrachtungsweisen. Zunächst stellt sich die Frage: Wie wirkt sich das kurz- bis mittelfristig auf die Liquidität der Stadt aus? Wir gehen in allen Szenarien davon aus, dass die Zahlungsfähigkeit der Landeshauptstadt München für das Jahr 2020 gesichert ist. Im Worst-Case-Szenario müsste das volle Volumen der Kassenkredite ausgeschöpft werden, dennoch wäre die Zahlungsfähigkeit gesichert.

Im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit stellt sich die Situation anders dar. In der Vorlage für den 13.05.2020 wird es um folgende Fragen gehen: Welche Aufgaben sind verpflichtend, welche freiwillig? An welchen Stellen müssen Ausgabenbeschränkungen geplant und realisiert werden?

Das Next-Case-Szenario geht von einer Milliarde Euro Verlust bei den Gewerbesteuereinnahmen aus, bei der Einkommensteuer wären es 150 Mio. €. Beim Worst-Case-Szenario würde sich das Gewerbesteueraufkommen mehr als halbieren - nach dieser Annahme fielen von 2.650 Mio. € Gewerbesteuer 1,5 Mrd. € aus. Bei der Einkommensteuer wären es nochmals 200 Mio. €. Aber auch in diesem „Worst Case“ könnten wir die Zahlungsfähigkeit über Kassenkredite sichern.

Wir benötigen einen Kreditrahmen. Aber er muss nicht am 13.05.2020 diskutiert und beschlossen werden, sondern kann auch über die Nachtragshaushaltssatzung eingelöst werden. Der Haus-

haltsplan weist eine Kreditermächtigung von 95 Mio. € auf - hinterlegt sind Förderkredite der KfW zur Schulbaufinanzierung. Diese genehmigten Kreditaufnahmen wären in gleicher Höhe getilgt worden. Für dieses Jahr hatten wir keine Nettoneuverschuldung geplant. Die Kreditermächtigung werden wir im Nachtragshaushalt im September oder Oktober sicherlich ausweiten müssen, um die Liquidität der anstehenden Investitionen zu sichern.

Die in der Beschlussvorlage für den 13.05.2020 dargestellte Herangehensweise hat mehrere Komponenten. Ich spreche von einem Sicherheitspaket mit mehreren Maßnahmen. Dazu gehört, die Ausgabensituation im laufenden Haushalt und den Personalzuwachs zu überprüfen und Reduzierungen anzustreben. Auch bei den Investitionen müssen wir absichten.

Was sind Pflichtleistungen? Als Sachaufwandsträger sind wir verpflichtet, in den Schul- und Kita-bau zu investieren. Beim aktuellen Baufortschritt müssen wir uns mit dem Baureferat absprechen. An einem Gebäude in der Leistungsphase HAOI 6 (Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen) können wir nichts mehr einsparen, sonst steht eine halbfertige Schule herum. - (Zuruf) - Das Beispiel ist bekannt. Bis zur Entwurfsplanung lässt sich über Einsparmöglichkeiten diskutieren, aber das wirkt sich nicht in vollem Umfang auf den laufenden Investitionshaushalt aus. Dabei stellt sich die Wirtschaftlichkeitsfrage. Wenn zwingende Investitionen verschoben werden, könnte ein Anteil der vorgesehenen Einsparungen allein durch die Fortschreibung des Baukostenindex wieder aufgeessen werden.

Bei den freiwilligen Investitionsleistungen müssen wir uns fragen, ob sich alles in der gewünschten Form und Ausprägung finanzieren und realisieren lässt.

Neben den Sofortmaßnahmen muss eine kurz- bis mittelfristige Steuerung eingeleitet werden. Dazu gibt es den Vorschlag, Arbeitsgruppen zur Wirtschaftlichkeit einzurichten. Der Stadtrat hat vor einiger Zeit beschlossen, dass die Stadtkämmerei jederzeit solche Arbeitsgruppen zu einzelnen Themen einberufen kann. Wir würden von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, damit die Wirtschaftlichkeit bei wesentlichen Themen im laufenden Haushalt und im Investitionsbereich überprüft werden kann. Gemeinsam mit den zuständigen Referaten und dem Münchner Stadtrat könnten wir überlegen, wie wir kurz- bis mittelfristig weitermachen.

Zur Zeitabfolge: Das Sicherheitspaket wird am 13.05.2020 vorgelegt. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause gibt es eine Vorlage zum Eckdatenbeschluss, der nicht zu neuen Finanzierungsbeschlüssen für den Haushalt 2021 führen kann. Wegen der Auswirkungen der Corona-Krise wird

2021 voraussichtlich ein noch schwierigeres Jahr werden. Trotzdem ist es sinnvoll, dem Münchner Stadtrat einen Ausblick auf das folgende Haushaltsjahr zu geben. Wir planen, den Nachtragshaushalt bereits im September und nicht erst im Oktober vorzulegen. So könnten wir die darin enthaltenen Ad-hoc-Maßnahmen zwei, drei Wochen früher zum Beschluss vorlegen und danach umsetzen. Die Haushaltsplanung würde, wie gewohnt, Ende des Jahres vorgelegt. Alle Haushaltswerke - Eckdatenbeschluss, Nachtrag und Haushaltssatzung für 2021 - enthalten eine mittelfristige Finanzplanung. Sie ist noch schwieriger als die Planung für das laufende und das folgende Jahr, aber dazu verpflichtet uns der Gesetzgeber. Danach wird die Leistungsfähigkeit der Kommune bewertet. Die mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung wird auf der Grundlage der Annahmen aus den neuesten Erkenntnissen erstellt und wird Ihnen neben den bereits genannten Daten vorgelegt.

Leider können die aktuellen Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung nicht in die Beschlussvorlage für den 13.05.2020 eingearbeitet werden, weil der Arbeitskreis parallel zur Vollversammlung vom 12.05. bis 14.05.2020 tagt. Über einige Erkenntnisse aus dem Hauptsteuertermin Anfang Mai werden wir Ihnen tagesaktuell berichten. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

OB Reiter:

Vielen Dank für diesen kurzen Ausblick!

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Herr Kämmerer, herzlichen Dank! Uns war es wichtig, dass der Öffentlichkeit und dem Stadtrat die volle Dramatik der Finanzsituation präsentiert wird. Es reichte uns nicht, einen Brief zu bekommen.

Wir befinden uns in einer dramatischen Situation, die alle Bereiche betreffen wird, wie Sie zu Recht sagen. Die Stadt übt weiterhin Vorkaufsrechte aus, einige haben wir gerade im nichtöffentlichen Teil beschlossen. Kritische Stellungnahmen der Kämmerei werden nicht zur Kenntnis genommen. So kann der nächste Stadtrat nicht weitermachen. Sie werden in diesem und wahrscheinlich auch im nächsten Jahr ganz harte Entscheidungen treffen müssen.

Es ist erstaunlich, dass die Kooperation das Thema Finanzen überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt und schöne Dinge aufschreibt. - (Vereinzelt Beifall) - Auch für unsere großen Tochtergesellschaften wird es dramatisch werden. Bisher hat die Stadtwerke München GmbH immer 100 Mio. € zum städtischen Haushalt beigetragen. Das steht nun infrage. Von der Situation der Messe München

GmbH haben wir vorhin gehört. Bei der Flughafen München GmbH ist es nicht anders. In allen Bereichen wird es sehr kritisch werden. Danke!

OB Reiter:

Schauen wir mal! Eine Koalitionsvereinbarung, in der steht, wir nehmen uns wegen der schrecklichen Finanzlage nichts vor, war uns deutlich zu wenig. Deswegen haben wir im vollen Bewusstsein der sich ergebenden finanziellen Rahmenbedingungen hineingeschrieben, was wir uns in den nächsten sechs Jahren vornehmen wollen. Auch in der letzten Kooperationsvereinbarung standen Dinge, die Geld gekostet haben und nur unter den jeweiligen finanziellen Rahmenbedingungen durchsetzbar waren. Wir fanden es etwas zu wenig, gar keine Ziele zu formulieren. Jetzt wollen wir gemeinsam möglichst viele Ziele erreichen. Uns ist klar, dass wir nicht alles erreichen können, wenn die Finanzsituation so ist, wie sie ist.

Ich habe Probleme mit Ihrer Wortwahl: Dramatisch sind für mich ganz andere Situationen, die sich momentan weltweit ereignen. Wir reden nur über Geld. Das ist sicher wichtig, aber dramatisch sind weltweit ganz andere Dinge. Wir haben eine schwierige Finanzsituation vor uns, aber damit müssen wir leben. Ich war lange in der Kämmerei tätig und habe Haushaltssicherungskonzepte und Haushaltssparkonzepte miterlebt. Wir haben alles durchgemacht und werden auch das durchstehen. Unsere Wirtschaft ist stabil genug, das in ein oder zwei Jahren aufzuholen. Für mich ist klar: Danach werden wir um so mehr unserer Ziele umsetzen.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, da bin ich ausnahmsweise, oder doch wieder einmal, bei Ihnen – mehr von der Stimmung her. Ich will jetzt keine vorgezogene Haushaltsdebatte. Wir werden es im Mai debattieren, wenn die Vorschläge vorliegen. München hat als Stadt sehr gute Ausgangspunkte, um durch diese Krise zu kommen. Eine Erinnerung nur: Ende 2019 hatten wir fast 6 Mrd. € in der Ergebnisrücklage. Und wann, wenn nicht jetzt, können wir diese nutzen, um nicht auch noch mit Maßnahmen der Stadt die wirtschaftlichen Probleme zu befeuern. Die Ausgangslage ist gut. Ich tippe, wir können uns davon verabschieden, dass der Bund und der Freistaat jetzt Milliarden Gelder für Investitionen nach München schieben. Das kann man in den nächsten paar Jahren aus der Erwartungsliste streichen, was natürlich auch Auswirkungen auf unsere Investitionen hat. Das können wir aber im Mai ausführlicher debattieren. Danke schön!

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 7026 findet mit dem mündlichen Vortrag seine **Erlедigung**.

## **Außerhalb der Tagesordnung**

### OB Reiter:

Dann sind wir im Grunde am Ende der öffentlichen Sitzung. Ich will aber nicht versäumen, mich noch einmal ganz, ganz ausdrücklich von den Kolleginnen und Kollegen zu verabschieden, die dem nächsten Stadtrat, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr angehören. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für – für mich persönlich jedenfalls – sechs sehr angenehme Jahre in diesem Gremium mit nicht immer gleichen Meinungen, aber doch mit einem fast durchgängig guten Umgangston und einer sehr, sehr konstruktiven Zusammenarbeit, wie es die Menschen zu Recht auch von uns erwarten dürfen.

Meinen herzlichen Dank an alle. Alles Gute an alle, die jetzt ausscheiden und sich dann anderen Dingen widmen. Bleiben Sie oder wenn ich Sie anschau, Herr Zöllner, werden Sie vollständig gesund. Ich wünsche Ihnen, dass Sie in Ihrer freien Zeit, die Sie vielleicht jetzt mehr haben, Beschäftigungen finden werden. Manche haben aufhören dürfen, müssen, sollen, wollen, weil Sie anderweitig noch Beschäftigungen suchen und finden werden. Ich wünsche Ihnen dazu viel Erfolg, alles, alles Gute und herzlichen Dank.

Ich will mich ganz besonders von meiner Stellvertreterin und meinem Stellvertreter verabschieden. Einer ist verloren gegangen. - (Heiterkeit) - Ich habe jetzt extra so lange geredet, ich versuche es auch weiterhin, bis das Direktorium dankenswerterweise auf die Schnelle zwei kleine Blumensträuße besorgt hat. Deswegen musste ich etwas zu dem Koalitionsvertrag sagen, sonst hätte ich es mir gespart. - (Heiterkeit) - Ich muss noch ein bisschen plaudern, damit wir in öffentlicher Sitzung bleiben können. Der Fotograf kommt noch. Ich beginne einfach mit Frau Strobl. Ich darf mich ganz, ganz herzlich bedanken. Ich weiß nicht, soll ich ihn Dir zuschmeißen? (BMin Strobl: Unsere Arme sind lang genug.) Alles, alles Gute, liebe Christine. Vielen Dank für die Zusammenarbeit, für die Unterstützung und für alles, was du nicht nur in den letzten sechs Jahren, sondern in den vielen Jahren davor für diese Stadt geleistet hast. - (BMin Strobl bekommt einen Blumenstrauß überreicht, anhaltender Beifall)

### BMin Strobl:

Vielleicht zwei ganz kurze Sätze, weil das ja alles in den letzten Wochen und Monaten ein bisschen in Auflösung begriffen war: Es war mir nicht immer ein Vergnügen, aber immer eine Ehre. Noch eine Bitte an Sie alle: Sie werden ziemlich schweren Zeiten entgegensehen. Ich hatte in meinen 30 Jahren im Rathaus glücklicherweise und Gott sei Dank keine derartige Situation. Denken

Sie aber bitte bei Befriedigungen von Partikularinteressen immer an diejenigen, die weder die medialen noch finanziellen Möglichkeiten haben, sich immer lautstark bemerkbar zu machen. Die gibt es in dieser Stadt und sollen auch weiterhin in dieser Stadt bleiben. Ich fände es sehr schön, wenn diese Interessen weiter berücksichtigt werden, so wie es auch in der Vergangenheit war.

Denken Sie daran: Ich werde Sie von außen weiter anschauen und im Übrigen weiß ich auch, wie man Bürgerbegehren und so etwas organisiert. - (Heiterkeit, Beifall) - Ich möchte mich auch bei der Verwaltung ganz herzlich für die immer gute Zusammenarbeit bedanken. Es war nicht immer einfach mit mir. Das weiß ich. Ich habe jetzt viel Freizeit und bekomme morgen einen neuen Laptop – nur als dezenter Hinweis. Es war mir eine Ehre, machen Sie es gut, bleiben Sie gesund und toi, toi, toi für die nächsten Jahre! Vielen Dank! - (Anhaltender Beifall)

OB Reiter:

Ich habe mir gedacht, wenigstens diesen kleinen Rahmen sollten wir uns gönnen, wenn es sonst schon keinen Abschied gibt und ... - (Zwischenruf BMin Strobl) - Wer weiß schon, wann. Wir haben heute schon zwei Stunden darüber geredet.

Sehr geehrter Herr Pretzl, ich will mich auch ganz ausdrücklich bei Ihnen für die Jahre als Bürgermeister bedanken, die Sie absolut zuverlässig und konstruktiv erledigt haben. Herzlichen Dank für die Arbeit, die Sie geleistet haben!

Ich bedanke mich auch bei Euch für die Zusammenarbeit in den letzten sechs Jahren. Nichtsdestotrotz freue ich mich auf die Zusammenarbeit in den nächsten sechs Jahren. Der Satz ist perfekt, den Du gesagt hast: Es war mir nicht immer ein Vergnügen, aber es war mir immer eine Ehre. Mir wird es noch ein paar Jahre eine Ehre sein, hoffe ich doch, wenn es mir erlaubt ist. Herzlichen Dank für die konstruktive Zusammenarbeit und Zuverlässigkeit! Alles Gute für Sie! - (Beifall)

BM Pretzl:

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ich möchte dieses Dankeschön auch explizit an Sie und auch an Sie, Frau Strobl, zurückgeben! Und natürlich an alle Kolleg\*innen, Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung und Mitarbeiter\*innen an der Spitze natürlich, die Referent\*innen. Bei mir war es in dieser Funktion eine etwas kürzere Zeit. Mich muss und darf man in den nächsten sechs Jahren hier noch erleben oder aushalten. Das ist vielleicht immer eine Frage des Blickwinkels.

Mir hat die Arbeit als Bürgermeister sehr, sehr viel Spaß gemacht. Es ist noch einmal ein anderer Blick auf die Stadtverwaltung. Man hat sehr viele schöne Dinge erleben dürfen und auch die ein oder andere nicht so bequeme Entscheidung treffen müssen. Das gehört auch dazu. Ich habe mir eigentlich überlegt, was sagt man in so einer Situation. Wenn es heute eine normale Situation oder eine normale Vollversammlung gewesen wäre, hätte ich vielleicht auch ein paar grundsätzliche Ausführungen gemacht. Ich glaube, das ist heute nicht der richtige Ort. Da wird sich eine andere Gelegenheit ergeben. Es ist ja nicht nur für mich, sondern für viele heute Anwesende die letzte Sitzung. Ich schaue insbesondere zu meiner Partei, wo heute vier Kollegen ihre letzte Stadtrats-sitzung haben – zum Teil nach vielen Jahrzehnten: 48 Jahre Walter Zöllner, 42 Jahre Hans Podiuk. Aber auch, wenn ich in Richtung der SPD schaue: Heide Rieke, Bettina Messinger. Das sind für mich schon nach 18 Jahren Stadtrat ... es wird ein anderer Stadtrat sein. Wenn man hier reingeht und Gesichter nicht mehr sieht, die schon immer dazu gehört haben, ist es für mich wieder eine neue Herausforderung, die mir bevorsteht. Noch einmal meinen ganz herzlichen Dank und ich darf Uli Hoeneß zitieren: „Das war es noch nicht“. - (Heiterkeit, Beifall)

OB Reiter:

Vielen Dank. Ich glaube, das war einfach notwendig und auch erforderlich, wenn wir es sonst nicht schaffen. Dann sind wir am Ende der öffentlichen Sitzung und ich darf Sie bitten, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

- Unterbrechung der öffentlichen Sitzung von 11:55 Uhr bis 12:31 Uhr -

- 12:31 bis 12:34 Uhr Abstimmung TOP 19 (Versorgung wohnungsloser Haushalte) – siehe Seite 49 -

- Ende der Sitzung um 12:34 Uhr -

München, 29. April 2020

R e i t e r  
Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München

Protokoll